



Breslau, 26. Oktober.

„Das Steuerbewilligungsrecht ist ein Recht, das jede Regierung im Interesse der Neuzeit ihren Regierten einräumen muß, will sie nicht Mißtrauen säen, wo nur Vertrauen ernten darf, ein Recht, das nur auf seiner Rechtsseite Steuerverweigerung heißt; allerdings eine Macht, aber aus der immer wieder Nothgebrüche hervorbrechen muß, und insofern ist dabei allerdings auch die sittliche Bedeutung des Staates außer Zweifel gestellt, was der Eingang des Art. 108 der Verfassung sagt, daß die bestehenden Steuern und Abgaben forterhoben werden. — Für unsere Vertreter war es daher eine Nothwendigkeit, diesen Eingang zu streichen. Sie mußten ihre höchste Ehre darein setzen, auch dem Volke sein Recht außer Zweifel zu stellen, ein Recht, welches der König am 6. April 1848 nicht unter dem Zwange einer schändlichen Gewalt, sondern aus der freien Entschiedenheit den Staat auf Grundlagen dauernder Ordnung wiederherzustellen, verliehen hat. Wenn demnach im Tit. VIII. der Verfassung, der ein Theil des Gebäudes auf seinen Grundlagen ist, das Fundament nicht verläugnet werden darf, wenn die Steuerbewilligung ein Recht ist, welches die Seele des Staatshaushaltes sein muß, so durfte der Art. 108 schon um seiner möglichen schlechten Anwendung nicht geduldet werden, darum hat ihn jene glänzende Majorität der Kammer für immer aus der Verfassung gestrichen, und darum nennen wir die Tilgung dieses alten Schuldbriefes eine patriotische Handlung, welche auf die schönen Reden jenes Tages folgte.“ — So hieß es vor einiger Zeit in einem Artikel der Schlesischen Zeitung (Nr. 229), welcher die Bedeutung des Möckel'schen Amendements erklären sollte, und der, wenn wir uns nicht sehr täuschen, von dem Urheber jenes Amendements selbst herrührt. Was wird dieser aber nun zu seinem H-Kollegen sagen, welcher in der gestrigen Zeitung den Beschluß der ersten Kammer mit lebhafter Zufriedenheit begrüßt hat, durch welchen der für immer aus der Verfassung gestrichene Artikel wiederhergestellt und das Steuerbewilligungsrecht vernichtet worden ist? Der jene „glänzende Majorität“ — glänzend freilich nicht durch eine so große Zahl jetziger und früherer Minister, Gesandten, höchsten Staatsbeamten, wie sie die 84 der ersten Kammer umschloß, wohl aber durch ihr numerisches Uebergewicht von 212 gegen 93, und durch die Namen der Männer, welche ihre Führer waren, — der, sagen wir, jene glänzende Majorität wacker schulmeister, von ihrem persönlichen Verlehten durch den Beschluß der ersten Kammer berichtet und andeutet, wie deren „verlethene Eitelkeit“ noch zu weiteren Schritten, um ihrer Ansicht Geltung zu verschaffen, führen könnte. Wir glauben allerdings, daß jene Männer, denen auch die beigezählt werden müssen, welche in der ersten Kammer in der Minderheit geblichen sind, das Steuerbewilligungsrecht, welches sie wohl nicht erst seit gestern als eine der Grundpfeiler der konstitutionellen Verfassung erkannt haben, nicht so leicht den Kaufes aufgeben, und sei es jetzt, sei es später, wo nach ihrer Einsicht und Gewissen die geeignete Gelegenheit sich dazu bietet, den Kampf dafür wieder aufnehmen werden. Wir glauben ferner, daß jene Männer, in deren Reihen sich der besten Viele befinden, die Preußen und Deutschland mit Freuden die Seinigen nennt, daß sie, die bewährten Freunde der Krone, wie Verfechter einer freien Verfassung, ein Anrecht haben, auch von denen, welche ihre politische Ueberzeugung nicht theilen, nicht wie verirrte Thoren behandelt zu werden, und vor Allem, daß man ihrem Handeln, wo es die höchsten Interessen des Vaterlandes gilt, nicht kleinliche persönliche Motive unterstellt. Schon mußten sie sich in der Kammer: „Steuerverweigerung“ nennen hören. Werden auch in der konservativen Presse die Geister des weiland Rheinischen Beobachters wieder lebendig? — Der Artikel, welcher uns zunächst zu dieser Frage veranlaßt, erkennt der Rede von Stahl den Preis zu, und schreibt ihr einen nicht geringen Antheil an dem freudig begrüßten Siege zu. Wir haben schon viel von Stahl's oratorischer Begabung vernommen, wir kennen seinen Scharfsinn und sein Wissen, wir haben von ihm Manches gelernt und

werden möglicher Weise auch noch ferner von ihm lernen; aber niemals haben wir uns mit seinem politischen Systeme und Ansichten, deren Kenntniß wir nicht erst aus seinen Reden geschöpft haben, zu befreunden vermocht; nie haben wir geglaubt, daß seine auf das Maaß des bundesgesetzlichen s. gen. monarchischen Prinzips zurückgebrachte konstitutionelle Verfassung, welche noch andere Opfer als das des s. g. Steuerverweigerungsrechts, wie er es nennt, fordern würde, etwas anderes sei, als ein etwas verbrämter Absolutismus. Das etwas herb gefasste Urtheil Dahlmanns darüber in seiner Politik ist schon längst bekannt. Auf den Inhalt jener Rede können wir nicht eingehen, wollen aber nur bemerken, daß wenn Stahl sagt: daß einer illegalen Regierung gegenüber, welche die Verfassung brechen will, auch das Steuerverweigerungsrecht nicht ausreicht, — das Steuerbewilligungsrecht gerade den Versuchen zur illegalen Regierung und damit den Revolutionen vorbeugen soll, und sicher oft schon vorgebeugt hat, wiewohl nichts, was Menschen begründen, unter allen Verhältnissen ausreichend sein wird. Man sagt immer, die Nichtbewilligung der Steuern sei ein Hervorrufen der Revolution; man läßt aber dabei unermähnt, daß die Revolution: die Widerseßlichkeit der Staatsbürger, die Verweigerung der geforderten Steuern zu zahlen, erst dann entstehen könnte, wenn ein Ministerium, wenn das Budget vollkommen abgelaufen, und vor Zustandekommen des neuen, unbewilligte Steuern einfordern lassen, also die Verfassung verletzen würde.

Den 27. Oktober.

Wir würden was in dem Vorstehenden über den Ton gesagt ist, welchen ein bekannter Stimmführer in der Schlesischen Zeitung gegen die Konstitutionellen, — wir meinen die von der früheren Zeit, vom vereinigten Landtag her, nicht die nachmässigen, — angestimmt hat, kaum geschrieben haben, wenn der heutige in gleicher Weise gezeichnete Artikel uns bereits vorgelegen hätte. Der Verfasser desselben steht nicht mehr, wie es uns früher schien, auf Seiten dieser, mindestens doch gegen die äußerste Rechte, er steht nicht mehr, wie wir bisher glaubten, zwischen, oder wenn man will, über jenen „Alt-Liberalen“ und dem Ministerium; er ist bei dem ersten Hervorbrechen eines Konflikts entschieden auf die Seite des Letzteren getreten; er greift jene in der Weise und mit den Waffen der Kreuzzeitung an. Wir sind mit ihm fertig, denn persönliche Polemik ist nicht unsere Sache. — Ja das Ministerium hat das Vaterland gerettet! Ihm gebührt der hohe Dank desselben. Und die Konstitutionellen werden darin nicht zurückbleiben, trotz daß sie bei dem ersten Eintritt desselben, sich eines bangenden Mißtrauens nicht erwehren konnten. Wir denken in unserer früheren Geschichte, in den Parteilstellungen liegt wohl der genügende Erklärungs- und Rechtfertigungs-Grund dafür. Sicher werden die Konstitutionellen, denen das Wohl des Vaterlandes, nicht minder hoch steht als ihren Gegnern, sicher würden die Männer, die wir vor Augen haben, gern das Bekenntniß ablegen, daß sie im Unrecht, daß ihr Mißtrauen ein ungerechtfertigtes gewesen, und in Dank und Anerkennung sich verwandelt hat. — Soll oder darf aber dieses so weit ausgedehnt werden, daß jetzt, wo es sich um die Feststellung der wichtigsten Rechte des Landes handelt, die eigenen festen Ueberzeugungen und Grundsätze ohne Weiteres Preis gegeben werden? Allerdings könnte man 1847 nicht verlangen, worauf jetzt zu bestehen, nothwendig erscheint. Man war und mußte ja schon zufrieden sein, nur die Periodicität einigermaßen zu erstreiten. Und war oder hielt man dies schon für eine konstitutionelle Verfassung? Höchstens war damit eine Bahn eröffnet, zu einer konstitutionellen Verfassung zu kommen. — Ja das Ministerium hat das Vaterland gerettet! Wer hat aber den Thron schützend umstanden, als die Gefahr so plötzlich, so drohend und gewaltig hereinbrach, und keine rettenden Thaten geschahen? Wer hat jener Partei, die jetzt wieder die Zügel allein in die Hand nehmen möchte, wenigstens so viel Raum geschafft, um sich wieder bestimmen und sammeln zu können? Und seid Ihr so kurzen Gedächtnisses, um schon vergessen zu haben, wo die ersten wahrhaft rettenden Thaten für Deutschland geschehen sind; ohne welche vielleicht die

in Preußen gar nicht hätten erfolgen können? In Frankfurt sind sie vollführt worden, in jenem Spätsommer, der den berühmten Novembertagen voranging; durch jene ehrenhafte Majorität, in deren Händen damals die größte Macht in Deutschland gelegt war; — Es ist eine lügenhafte Redensart, daß die Konstitutionellen sich ängstlich an die sogenannten Conservativen anklammern hätten, wie wir neulich in einer Breslauer Korrespondenz der Reform lasen. Es ist namentlich unwahr bei uns. Wer war es, der schon im April v. J. sich der hereinbrechenden Gewalt der Demokratie entgegenstellte? Wer war es, der den Kampf fortgesetzt hat unter allen Wechsellern der Zeiten und Zustände? Wo war denn aber die konservative Partei, ehe eine entschiedene Staatsgewalt, ehe eine äußere Macht hervortrat, an die man sich anlehnen mochte? Wilda.

Preußen

## Kammer-Verhandlungen.

II. Kammer. 42. Sitzung vom 26. Oktober.  
Auf der Tages-Ordnung steht: 1) Erläuterung und Beantwortung der Interpellation des Abg. Reichensperger an das Finanzministerium. 2) Fortsetzung und Berathung des Berichts der Kommission für Revision der Verfassung, betreffend Tit. V. „Von den Kammern.“

Auf der Ministerbank: v. Mantuffel, v. d. Heydt, Rabe und Simon.

Die Sitzung wird um 12 $\frac{1}{4}$  Uhr durch den Präsidenten eröffnet.

Nachdem das Protokoll verlesen und genehmigt und über eine Neuwahl berichtet ist, wird die bekannte Interpellation des Abg. Reichensperger nochmals verlesen.

Abg. Reichensperger: Der Ritterstand hatte früher die Steuerfreiheit, weil ihm der Kriegsdienst oblag. Die Geistlichkeit unterhielt Kirchen und Schulen. Die Steuerbefreiung war früher recht und billig. Das selbe Baum des Lebens aber, der früher seine Früchte abgab, will sie auch heute treiben, und er Bevorzugung von sich ab. 1810 wurde ausgesprochen, daß eine gleiche Steuervertheilung nöthig sei und alle Exemtionen beseitigt werden müßten. Vorwürfe hiergegen, wenn sie auch gemacht sind, können wenigstens aus dem Munde eines Unterthanen nicht kommen, dieser Prinzipien wegen wurde Friedrich Wilhelm III. der Gerechte genannt, sie sind noch maßgebend. Meine Herren, das Heute gehört unser, das Morgen vielleicht nicht. Von den rein principiellen, fast doctrinären Fragen müssen wir den Blick einen Augenblick auf dem Materiellen ruhen lassen. Ein Wort nur möchte ich noch richten an den Abgeordneten für Brandenburg. Wenn die Bewohner der östlichen Provinzen sich wirklich bei der jetzigen Steuervertheilung so wohl befinden, so werden gewiß auch die der westlichen zu stolz sein, darüber Klagen zu führen. Allein hierfür muß der Beweis noch geliefert werden. — Ich wünschte übrigens nicht bloß die Aufhebung der Steuerexemtionen, sondern zugleich, daß schon mit einer gleichen und angemessenen Vertheilung der Steuern vorgeschritten werde.

Finanzminister Rabe: Die gestellte Frage beantworte ich dahin, daß im Finanzministerium bereits ein Entwurf ausgearbeitet ist, behufs der Steuerexemtionen und gleicher Steuervertheilung und daß hierüber den Kammern nächstens Mittheilungen zugehen werden. Hiernach halte ich für jetzt die Angelegenheit für erledigt.

Man kommt zum zweiten Gegenstande der Tages-Ordnung der Verfassungs-Revision.

Art. 64. Die Legislatur-Periode der ersten Kammer wird auf sechs Jahre festgesetzt.

Die Kommission hat keine Veränderung vorgeschlagen.

Art. 65. Wählbar zum Mitgliede der ersten Kammer ist jeder Preusse, der das 18ste Lebensjahr vollendet, den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses nicht verloren und bereits 5 Jahre lang dem preussischen Staatsverbande angehört hat.

Die Kommission beantragt, nachfolgenden Zusatz (Art. 84. Alinea 1.) aufzunehmen:

**Die Mitglieder der ersten Kammer erhalten weder Reisekosten noch Diäten.**

Zu Art. 65 sind Amendements eingereicht, welche jetzt verlesen werden.

Das Amendement des Abg. Schöpplenberg will: Die Mitglieder der ersten Kammer erhalten Diäten.

Ein zweites Amendement von Rhoden: Sie erhalten Diäten und Reisekosten.

Ein drittes von Hüffer: Sie erhalten Diäten und Reisekosten, sofern sie nicht am Orte, wo die Versammlung tagt, ihren Wohnsitz haben.

Abg. Schöpplenberg für Diäten (in allen Fällen), man werde sonst vorzugsweise Berliner wählen. Das Volk sieht übrigens seine Prinzen nicht, (wie Jemand für den Fall fürchtete, daß die Prinzen in der ersten Kammer sitzen, ohne daß man eine Patrie geschaffen hat), als Karikaturen an, sondern als wahre Söhne des Vaterlandes.

Abg. v. Bodelschwingh-Hagen gegen Diäten und Reisekosten. Alles komme darauf an, der ersten Kammer eine hervorragende Stellung zu geben.

Abg. Rhoden für seinen Antrag, da durch den Kommissionsantrag die Wählbarkeit für die erste Kammer indirekt an einen sehr hohen Census geknüpft wird.

Hierauf spricht der Abg. Hüffer für seinen Antrag.

Abg. Kiesel: Der vorzugsweise Beruf der ersten Kammer ist, das konservative Element zu vertreten, ein Gegengewicht zu gewähren gegen die Beweglichkeit des Volkslebens. In dieser Beziehung haben wir sie vorzugsweise gemacht zur Vertreterin des Grundeigentums, der Korporationen u. s. w. Diesem Princip entspricht es ganz, von den Mitgliedern der ersten Kammer auch diese unabhängige Stellung, diese Vermögenslage zu verlangen, welche Diäten und Reisekosten nur ungern acceptiren würden.

Referent v. Beckerath: Nach den Verhältnissen in unserm Lande würde die Freiheit durch eine solche Bestimmung eine Stütze erhalten. Kommen wir dahin, die Diäten auch einst für die Mitglieder der zweiten Kammer entbehren zu können, so wird unsere Freiheit einen großen Tag erleben. Es kommt zur Abstimmung.

Der Antrag des Abg. Rhoden wird verworfen.

Eben so der Antrag von Hüffer.

Art. 64 und 65 mit dem Kommissionsantrag werden angenommen.

Man kommt zu Art. 66.

Art. 66: Die zweite Kammer besteht aus 350 Mitgliedern. Die Wahlbezirke werden nach Maßgabe der Bevölkerung festgestellt.

Nach dem Vorschlage der Kommission soll dieser Artikel folgende Fassung erhalten:

Die zweite Kammer besteht aus 350 Mitgliedern. Die Wahlbezirke werden durch das Gesetz in der Weise festgestellt, daß mindestens zwei Abgeordnete von einem Wahlkörper gewählt werden.

Abg. Landfermann für ein von ihm gestelltes Amendement, welches in der Fassung der Kommission die Worte „durch das Gesetz“ entfernen will.

Abg. v. Saucken betritt die Rednerbühne und beginnt:

Meine Herren! Es ist gestern vom Minister des Innern eine Aeußerung gefallen, die Ihnen wohl Allen noch zu lebendig im Gedächtniß steht, als daß ich sie näher zu bezeichnen brauche. (Wiederholen.)

Meine Herren! Ich enthalte mich in diesem Augenblick näher auf diese Aeußerung einzugehen; hat aber der Herr Minister — wie ich nicht glauben mag, sich auf eine Majorität außerhalb des Hauses, der Majorität dieses Hauses gegenüber berufen wollen, so muß ich gegen eine Aeußerung feierlich protestiren, die unsre ganze Wirksamkeit und Existenz als Volksvertreter in Frage stellt.

Es erhebt sich darauf ein solcher Lärm von Seiten der Rechten, daß der Redner, der ohne Zweifel über Art. 66 sprechen wollte, die Rednerbühne verläßt.

Abg. Schimmel ist gegen die Bestimmung, daß in jedem Wahlkreise zwei Abgeordnete gewählt werden sollen. In Kreisen, wo die Stadt, in der gewählt wird, nicht in der Mitte liegt, können ungebührliche Kosten daraus erwachsen. Der Redner beruft sich auf seinen Wahlkreis, wo kurz hinter einander zweimal habe man wählen müssen.

v. Mantauffel: Als die Verfassungsurkunde ausgearbeitet wurde, hatte man es sich zur Regel gemacht, so viel Bestimmungen als möglich von den Bestimmungen der Nationalversammlung beizubehalten. Daher ist auch diese Bestimmung in die Verfassung gekommen. Was dieselbe an sich betrifft, so kann ich die Bedenlichkeiten, welche der Vorredner ausgesprochen hat, in diesem Punkte nur für vollkommen begründe erachten, bitte aber jedenfalls festzusetzen, wie viel Abg. in einem Wahlbezirk zu wählen sind.

Nach wenigen Worten des Referenten kommt es zur Abstimmung.

Landfermann's Amendement wird verworfen, die Fassung der Kommission angenommen.

Man geht zu Art. 67 über.

Art. 67. Jeder selbstständige Preuße, welcher das 24. Lebensjahr vollendet, nicht den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses verloren hat, ist in der Gemeinde, worin er seit 6 Monaten seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat, stimmberechtigter Urwähler, insofern er nicht aus öffentlichen Mitteln Armenunterstützung erhält.

Die Kommission beantragt, diesen Artikel in folgender Fassung anzunehmen:

Jeder selbstständige Preuße, welcher das 24. Lebensjahr vollendet, nicht den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses verloren hat, ist in der Gemeinde, in welcher er

an den Gemeindevahlen Theil zu nehmen berechtigt ist, stimmberechtigter Urwähler.

Ein Amendement wird verlesen, aber nicht unterstützt.

Abg. Trojan spricht für den Kommissionsantrag. Es sei eine unglückliche Art, für Rechte zu kämpfen, die schon gewährt sind. Solche Rechte aber, die dem Volke noch nicht gewährt sind, die wollen wir ihm mit allen unseren Kräften erkämpfen, dann werden wir die ungeheure Majorität für immer haben! (Bravo!)

Abg. v. Seckendorf bringt das Amendement ein, den letzten Theil des Art. 67 so zu fassen:

„ist in der Gemeinde seines Wohnorts, wenn er daselbst an den Gemeindevahlen Theil zu nehmen berechtigt, stimmberechtigter Urwähler.“

Minister des Innern v. Mantauffel: Ein Redner hat auf meine gestrigen Worte Rücksicht genommen. Ich habe dieselben gestern gesagt, als behauptet wurde, das Ministerium beeinträchtige die Rechte des Volkes bei der Verfassungsrevision. Ich habe gesagt, daß das Ministerium sich der redlichen Absicht bewußt ist, das Wohl des Volkes anzustreben. Ich habe in diesen Worten der Majorität nicht zu nahe treten wollen. Sie können uns aber wohl den Stolz gönnen, daß die bisherige Verwaltung des Ministeriums dem Lande nicht zum Schaden gereicht hat, weiter habe ich damit Nichts ausdrücken wollen. (Bravo rechts.)

Abg. Landfermann ist gegen den Kommissionsantrag. Es ist ihm zweifelhaft, ob diejenigen, die keine direkten Steuern zahlen, ausgeschlossen werden sollen. Die preussische Regierung habe selber am 24. Mai bei den Verhandlungen über das Reichswahlgesetz sich gegen Requisite der direkten Steuern ausgesprochen, „auf Grund statistischer Ermittlungen.“

Nach 4 Tagen habe sie freilich wieder ihre Meinung geändert, warum, das erhele nicht aus den Akten, die der Kommission vorliegen. Jedenfalls aber hätte man andere statistische Ermittlungen in diesen 4 Tagen nicht vornehmen können. Es sei daher um so mehr zu überlegen, ob eine Institution, die schon ins Leben eingeführt ist, wieder abgeschafft werden soll. Gefahrlos ist sie nicht, im Gegentheil heilsam. Der Kreis der politischen Theilnahme im Staate habe sich immer weiter ausgedehnt und dehne sich immer weiter aus — entweder mit Gewalt und unter heftigen Stürmen oder auf dem Wege friedlicher Reform. — Die Sache habe aber noch eine andere Seite. Die tiefste Wunde brenne in unsern sozialen Verhältnissen. Ausgeheilt wird diese Wunde nicht werden, Arme werden wir immer haben. Aber dafür müssen wir sorgen, daß sie nicht weiter frisst, daß sie nicht in den Leib zurücktritt und den Organismus zerstört. Den Theil des Volkes nun, der sich aus dem Proletariat ergänzt, und zu ihm zum Theil zurückkehrt, an der politischen Thätigkeit Theil nehmen zu lassen, das halte ich für das beste Mittel, die Augen uns offen zu halten, und die Gefahr nicht zu ignoriren.

Abg. Tellkamp bringt ein Amendement ein, Art. 67 zu streichen. (Nicht unterstützt.)

Abg. v. Bodelschwingh (Hagen) spricht für den Kommissionsantrag; in demselben sei keine neue Aenderung vorgenommen, noch etwas Bestehendes abgeschafft worden. Der Vorredner habe übersehen, daß nach unserer Steuerverfassung Jeder, der nicht Almosen empfängt, direkte Steuern zahlt. Die wenigen Exemptionen werden demnächst abgeschafft werden. Diejenigen, welche honoris causa keine Steuer zahlen, werden jedenfalls auch an den Gemeindevahlen Theil nehmen. Im Uebrigen könne der, welcher das geringere Recht der Gemeindevahlen nicht ausüben dürfe, auch das höhere der Abgeordnetenwahlen nicht ausüben.

Abg. Landfermann (zur persönlichen Bemerkung): Diese Ausführungen des Vorredners seien ihm wohlbekannt, nur hätte er die Gestalt einer ganz gewissen Zukunft im Auge gehabt.

Nachdem Referent Abgeordneter v. Beckerath noch mit kurzen Worten den Kommissionsentwurf zu Art. 67 vertheidigt, wird derselbe mit großer Majorität angenommen.

Sodann kommt der Zusatz zu Art. 67 zur Diskussion.

Als Art. 68 wünscht die Kommission Folgendes eingeschaltet zu haben:

Das Wahlrecht der aktiven Militärpersonen ist unabhängig von dem Verhältniß zu einem Gemeindeverband.

Abg. Schimmel bringt hierzu folgendes Amendement ein:

Die hohe Kammer wolle beschließen, dem Artikel 68 des Kommissionsvorschlages folgende Fassung zu geben:

„Art. 68. Das Urwählerrecht der nach Art. 32 zum Dienste im stehenden Heere oder der Landwehr Verpflichteten ruht, während sich dieselben im aktiven Militär-Dienste befinden.“

Das Urwählerrecht derjenigen im aktiven Militärdienste stehenden Personen, welche nach Arti-

kel 32 der allgemeinen Wehrpflicht im stehenden Heere und der Landwehr Genüge geleistet haben, ist unabhängig von dem Verhältniß zu einem Gemeindeverbande, kann aber nur in der Gemeinde ausgeübt werden, in welcher der dem Militärstande angehörige Urwähler sich zur Zeit der Wahl seit dreißig Tagen im Standquartier befindet und Einkommen- oder Klassensteuer zahlt.“ (Ausreichend unterstützt.)

Abg. v. Griesheim spricht für den Kommissionsentwurf. Derselbe stelle keine Prerogative für die Soldaten fest, sondern schütze sie nur vor Nachtheilen.

Schimmel: Durch jedes Wahlrecht, das man dem Heere einräume, untergrabe man die Kameradschaft, die ein wesentlicher Faktor der Leistungen der Armee sei. Man habe dem Heere auch schon das Recht dadurch genommen, daß man ihm das Recht jeder Berathschlagung verweigert habe. — Er verweist auf die jetzigen Wahlen der Armee in Sachsen, auf die vorjährigen Wahlen eines Theiles des französischen Heeres; diese bewiesen, wie gefährlich es sei, dem Heere das Wahlrecht zu lassen. — Die Armee dürfe aus Gründen der allgemeinen Sicherheit nicht wählen; aber andererseits müsse die Armee auch mit der Verfassung in einiger Verbindung bleiben, und Männer, welche ihr ganzes Leben Militärs blieben, müßten sich doch auch an den parlamentarischen Schicksalen des Landes beteiligen können. Für die Landwehr sei das Opfer, das er fordere, nicht groß. Von der Linie fordere er nur, daß sie 8 Jahre auf ihr Wahlrecht verzichte.

v. Keyher erklärt sich entschieden gegen Schimmels Amendement, das von falschen Voraussetzungen ausgehe und für den Kommissionsantrag, den zum Schluß noch der Referent v. Beckerath empfiehlt. Der Kommissionsantrag, (Art. 68) Zus. zu 67, wird angenommen.

Ein Antrag auf Vertagung wird verworfen.

Art. 69. Ulfert will, daß die Eintheilung der Urwähler in drei Abtheilungen nicht von den „direkten Staats-Steuern“, sondern von den „direkten Steuern“ abhängig gemacht werde. — Geppert unterstützt das Amendement. — Minister v. Mantauffel (als Abg.) stellt den Antrag, anstatt „die Abtheilungen können in mehrere Wahlversammlungen eingetheilt werden, deren keine mehr als 500 Urwähler in sich schließen darf“ zu setzen: „die Abtheilungen können in mehrere Wahlverbände eingetheilt werden“ u. s. w. — Vertagung der Debatte. — Schluß 3¼ Uhr, nächste Sitzung morgen 12 Uhr.

**Der deutsche Verwaltungsrath.**

Berlin, 26. Okt. Die am Schlusse der Sitzung des Verwaltungsrathes vom 17. d. angekündigten bestimmten Vorschläge der königlich preussischen Regierung sind in der Sitzung vom 19. d. durch den königl. preuss. Bevollmächtigten gemacht worden. Die protokollarische Feststellung ist nachstehend mitgetheilt.

Verhandelt Berlin, 19. Okt. 1849, Abends 6 Uhr, in Gegenwart:

- des königl. preussischen Bevollmächtigten und Vorsitzenden im Verwaltungsrathe, Staatsministers v. Bodelschwingh;
- des königl. sächsischen Bevollmächtigten, Staatsministers v. Jeschau;
- des königl. hannoverschen Bevollmächtigten, geheimen Legationsraths v. Wangenheim;
- des großherzogl. badischen Bevollmächtigten, Kammerherrn und Legationsraths, Fehr. v. Meysenburg;
- des kurfürstlich hessischen Bevollmächtigten, Obersteuer-Direktors Pfeiffer;
- des großherzogl. hessischen Bevollmächtigten, geh. Rathes und Kammerherrn, Fehr. v. Lepel;
- des Bevollmächtigten der Regierungen von: Großherzogthum Sachsen-Weimar, Herzogthum Sachsen-Koburg-Gotha, Herzogthum Sachsen-Altenburg, der Fürstenthümer Schwarzburg-Sondershausen und Schwarzburg-Rudolstadt und der beiden Fürstenthümer Reuß älterer und jüngerer Linie, Staatsraths Seebeck;
- des großherzogl. mecklenburg-schwerinschen Bevollmächtigten, Kammerherrn und Legationsraths v. Schack;
- des großherzogl. mecklenburg-strelitzschen Bevollmächtigten, geh. Justizraths v. Petzen;
- des großherzogl. oldenburgischen Bevollmächtigten, Oberst Mosle;
- des herzogl. nassauischen Bevollmächtigten, Präsidenten Wollpracht;
- des herzoglich braunschweigischen Bevollmächtigten, Legationsraths Dr. Liebe;
- des herzogl. anhalt-bernburgischen Bevollmächtigten, Oberkonsistorial-Raths Dr. Walther;
- des Bevollmächtigten der freien Hansestadt Bremen, Bürgermeisters Smidt;
- des Bevollmächtigten der freien Hansestadt Hamburg, Syndikus Dr. Banks.

Das Protokoll führt der königl. preuß. geh. Justiz-Rath Bloemer.

Der königl. sächsische Bevollmächtigte erklärt, daß er sich nicht wohl mehr in der Lage befindet, an der Wahl-Kommission Theil zu nehmen, und daher ansuche, in seine Stelle ein anderes Mitglied des Verwaltungsrathes eintreten zu lassen. Bei der zum Zwecke der Neuwahl erfolgenden Abstimmung erhalten der großherzogl. mecklenburg-schwerinsche und der kurfürstlich hessische Bevollmächtigte die meisten Stimmen, und zwar beide in gleicher Zahl. Der großherzogl. mecklenburg-schwerinsche Bevollmächtigte spricht die Ueberzeugung aus, daß der kurfürstlich hessische Bevollmächtigte, Ober-Steuere-Direktor Pfeiffer, durch Kenntnisse wie Erfahrungen sich der Kommission besonders nützlich erweisen werde, und verbindet damit die Bitte, aus diesem Grunde von der auf ihn selbst mitgefallenen Wahl abzusehen. Demnach tritt an die Stelle des königl. sächsischen Bevollmächtigten der kurfürstlich hessische Bevollmächtigte als neu gewähltes Mitglied der Wahl-Kommission.

Die in der Sitzung vom 17. Oktober d. J. seitens der königl. preussischen Regierung gegebene Beantwortung der königl. hannoverschen Rechtsausführung wurde von dem Vorsitzenden mit der Erklärung geschlossen, daß er von seiner Regierung beauftragt sei, bestimmtere, auf die Einberufung des nächsten Reichstages abzielende Vorschläge im Verwaltungsrathe vorzubringen. An diese Erklärung anknüpfend, stellt der Vorsitzende Namens der königl. preussischen Regierung folgende Propositionen:

- 1) den Verfassungs-Entwurf denjenigen Modifikationen zu unterwerfen, die in dem von dem Vorsitzenden übergebenen, dem gegenwärtigen Protokolle zu annexirenden Exemplare des Entwurfs durch Löschungen und Zusätze näher angegeben sind; wobei ausdrücklich hervorgehoben wird, daß es jeder anderen der verbündeten Regierungen selbstverständlich völlig freigestellt bleibt, anderweite Modifikationen vorzubringen;
- 2) als allgemeinen Wahltag für die Abgeordneten zum Volks Hause der nächsten Reichs-Versammlung den 15. Januar 1850 anzunehmen, sobald die Behörden anzuweisen, sofort alle Vorarbeiten in Angriff zu nehmen, damit jedenfalls dieser Wahltag eingehalten und feinerzeit durch gemeinschaftlichen Beschluß des Verwaltungsrathes zum Ausschreiben der Wahlen vorgeschritten werden könne;
- 3) als den Ort des nächsten Reichstages die Stadt Erfurt zu bestimmen;
- 4) die Verhandlungen der verbündeten Regierungen beziehungsweise des Verwaltungsrathes mit dem Reichstage durch drei Kommissarien führen zu lassen, von denen die königlich preussische Regierung einen zu ernennen hätte, die beiden anderen aus der freien Wahl des Verwaltungsrathes hervorgehen würden.

Die erste Proposition bezwecke zunächst nur, die um der veränderten Umstände willen theils für nöthig, theils für rätzlich zu erachtenden Abänderungen des Verfassungs-Entwurfs, der Berathung des Verwaltungsrathes zu unterlegen.

Was die proponirten Abänderungen selbst betreffe, so scheine es angemessen, bei dem beschränkteren Umfange, welchen der Bundesstaat wenigstens vorläufig erhalten werde, den Ausdruck „Reich“ durch „Bundesstaat“ zu ersetzen und diesen in den Zusammensetzungen mit „Verein“ alterniren zu lassen, welche letztere Bezeichnung in dem Worte „Union“ bereits eine gewisse staatsrechtliche Geltung erlangt habe.

Durch den Zusatz zu § 1 solle die Fortdauer des Rechtsverhältnisses des Bundesstaates zu den außer ihm verbleibenden deutschen Bundesstaaten deutlich ausgesprochen werden.

In § 10 sei, wie dies schon in dem früheren ausführlichen Vortrage hervorgehoben, die Absicht kundgegeben, daß das der Vereinigung übertragene Recht des Krieges und Friedens die vertragsmäßigen Rechte und Pflichten des Bundes von 1815 nicht beeinträchtigen dürfe.

Der nämliche Gedanke sei auch in dem Zusätze zu §§ 53 und 74 ausgedrückt.

Der Abänderungsvorschlag zu § 67 solle durchaus nicht vorgegriffen sein; er sei nur als eine Meinungsäußerung dargeboten; jede andere Einigung der Bundesglieder über die Zusammensetzung der Kurien, auch unter Beibehaltung der Kurienzahl des ursprünglichen Entwurfs, werde Preußen genehm sein, sowie es auch dem Beschlusse nicht entgegen sein werde, den § ganz unverändert und also die Stelle für die vorläufig nicht eintretenden deutschen Staaten einstweilen offen zu lassen. Der Vorsitzende persönlich würde dem letzteren sogar den Vorzug geben.

Bei § 85 bestrebe der Abänderungsvorschlag lediglich in Weglassung der Namen derjenigen Staaten, welche dem Bunde für jetzt nicht beitreten zu wollen erklärt haben; das Verhältniß der Stimmen zur gesammten Seelenzahl werde dadurch nicht geändert. Preußen werde indeß etwaige Wünsche auf Modifikation

tion auch in dieser Beziehung möglichst berücksichtigen. Der Zusatz zu § 194 solle die nachfolgende Aufnahme hinzutretender Bundesmitglieder erleichtern.

Hinsichtlich der zweiten Proposition glaubt der Vorsitzende, sich lediglich auf das Resultat der bisherigen Berathung über den Antrag des herzoglich nassauischen Bevollmächtigten zurückziehen zu sollen.

Die dritte Proposition sei eben auch nur eine Proposition. Entscheide die Majorität für einen anderen Ort, so werde sich Preußen dieser Entscheidung fügen.

Bei der vierten Proposition habe Preußen es seiner Stellung und seinem Verhältniß zum Bundesstaate angemessen finden müssen, sich die Bestellung eines der drei Kommissarien zu sichern. Die Wahl der beiden übrigen Kommissarien bleibe gemeinschaftliche Angelegenheit des Verwaltungsrathes.

Auf diese Proposition der königlich preussischen Regierung erklärt der königlich sächsische Bevollmächtigte, nicht in der Lage zu sein, an desfallsigen Diskussionen weiteren Antheil zu nehmen. Was die erste Proposition im Besonderen betreffe, so werde er dieselbe zur ungesäumten Kenntnisaufnahme seiner Regierung bringen, und sich nach Eingang der ihm zu Theil werdenden Instruktion ferner aussprechen. Eine gleiche Erklärung giebt der königlich hannoversche Bevollmächtigte. Der großherzoglich mecklenburg-strelitzische Bevollmächtigte erklärt, daß, da seine frühere Abstimmung über den Antrag des herzoglich nassauischen Bevollmächtigten auf anderen Gründen als auf denen von Sachsen und Hannover, und namentlich auf Zweckmäßigkeitsrückichten beruhe, er, soviel es namentlich und zunächst die erste Proposition betreffe, sich der Majorität unterwerfe, und dies zwar um so mehr, als es sich Inhalts dieser Proposition vorerst nur um einen Beschluß, nicht involvirende Annahme eines Wahltermins handle. Die übrigen Bevollmächtigten treten der zweiten Proposition der königlich preussischen Regierung, zum Theil mit der Ueberzeugung, Alle aber mit dem Wunsche bei, daß die Wahl für den nächsten Reichstag jedenfalls am 15. Januar 1850 in Vollzug trete.

Zur vorbereitenden Berathung und demnächstigen Berichterstattung im Verwaltungsrathe über die erste und vierte Proposition soll nach übereinstimmendem Beschlusse sämtlicher Mitglieder des Verwaltungsrathes, die Bevollmächtigten der königlich sächsischen und der königlich hannoverschen Regierung ausgenommen, in der nächsten Sitzung eine Kommission gewählt werden, und die Diskussion über diese Propositionen jedenfalls in 14 Tagen stattfinden.

Die vorbehaltenen Erwidrigung der dritten Proposition ist hiervon unabhängig.

Die heutige Berathung des Verwaltungsrathes über die von der königlich preussischen Regierung zum Zwecke der Einberufung des nächsten Reichstages gemachten Propositionen schließt mit dem Resultat:

Mit Ausnahme des königlich sächsischen und des königlich hannoverschen Bevollmächtigten haben die sämtlichen Bevollmächtigten der auf Grund des Vertrages vom 26. Mai d. J. verbündeten Regierungen sich zu folgender Feststellung vereinigt:

1) Der 15. Januar 1850 ist als derjenige Tag angenommen, an welchem die allgemeine Wahl der Abgeordneten zum Volks Hause für den nächsten Reichstag, nach einem von dem Verwaltungsrathe vorher zu beschließenden gemeinschaftlichen Ausschreiben derselben, in dem ganzen Bereiche der verbündeten Staaten stattfinden wird;

2) die betreffenden Regierungen werden von ihren hier vertretenden Bevollmächtigten ersucht werden, die Landesbehörden mit Anweisung zu versehen, die benötigten Vorarbeiten sofort in Angriff zu nehmen, und möglichstst Vorkehr zu treffen, damit demnächst das Ausschreiben der Wahlen beschossen und der Wahltermin selbst eingehalten werden kann.

Die Sitzung schließt Abends 9 Uhr.

Das Protokoll ist in der Sitzung vom 22. Oktbr. vorgelesen, von den in dieser Sitzung anwesenden Mitgliedern genehmigt und von diesen und dem Protokollführer unterzeichnet worden.

von Bobschwingh. von Meynsbug. Pfeiffer. von Lepel. Seebeck. von Schack. von Derken. Moske. Vollpracht. Blömer. Nachträglich genehmigt: Walther.

Berlin, 26. Oktober. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: den habinvaliden Unteroffizieren Liebenthal von der 2ten und Pinze von der 3ten Artillerie-Brigade das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; und den bei Allerhöchstherr Gesandtschaft in Konstantinopel angestellt gewesenen Hülfssarbeiter in Handelsachen, Karl Ferdinand Levenhagen, zum General-Konful in Rotterdam zu ernennen. Se. königl. Hoheit der Prinz von Preußen ist nach Frankfurt a. M. abgereist.

Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht, dem General-Lieutenant v. Peucker die Erlaubniß zur Anlegung des von dem Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen Durchlaucht ihm verliehenen Ehrenkreuzes erster Klasse des hohenzollerschen Haus-Ordens; so wie dem Major v. Hertell und dem Premier-Lieutenant v. Mandelsloh des 8. Kürassier-Regiments zur Anlegung des von des Großherzogs von Sachsen-Weimar königl. Hoheit ihnen verliehenen resp. Kommandeur-Kreuzes und Ritter-Kreuzes erster Klasse vom weißen Falken-Orden zu erteilen.

Der Thierarzt erster Klasse Gustav Herrmann Napp ist zum Kreis-Thierarzt des aus den Kreisen Goldberg-Haynau und Lüben, Regierungs-Bezirks Liegnitz, gebildeten Bezirkes ernannt worden.

P. C. Berlin, 26. Okt. [Erste Mahnung.]

Unser Blatt hat den Kammern und dem Ministerium stets festes Zusammenhalten empfohlen und wiederholt vor Zerwürfissen gewarnt, deren häufige Wiederholung nur zu leicht zur Spaltung führt. Leider scheint von beiden Seiten unser Rath nicht befolgt zu werden. — Die erste Kammer zieht querfeldein, ohne sich umzusehen, ob die Nation hinter oder vor ihr ist. Die zweite fängt an, sich auf Angriffe der Personen einzulassen und Parteilager zu bilden, welche ihre Kräfte in unwesentlichen Dingen aufreiben. — Hatte die Nationalversammlung die Krankheit der Interpellationen, so leidet die jetzige 2te Kammer an einem Amendementsfieber, welches alle Kuchenbäcker der Hauptstadt mit Papier versorgen könnte. Mit aller Hochachtung von den politischen Einsichten der Verfasser gesprochen, will uns demoherrachtet bedünken, als ob sehr häufig Dr. Ballhorn den Autoren seine Feder geliehen hätte! Es muß ein eigenthümlicher Reiz darin liegen, seinen Namen gedruckt zu sehen. — Gestern hatte die Kammer das ungememe Vergnügen, sich mit 14 Abstimmungen durch eben so viele Amendements zu schlagen, um den Antrag der Kommission zu verwerfen, der offenbar besser war, als sein Erbe. Hätte die äußerste Rechte anstatt der Ritterspiele sich herabgelassen, die Kommission zu unterstützen, so würde der Zweck erreicht worden sein, den großen Grundbesitz hinreichend vertreten zu sehen. — Auch das Ministerium lieferte seinen Beitrag, um die Konfusion zu vergrößern. Herr von Manteuffel that nicht wohl, seine ältesten Freunde anzugreifen und hätte bedenken sollen, daß, wenn eine Majorität vorhanden ist, er sie diesen Getreuen verdankt. — Nehmen wir die gestrigen Abstimmungen zum Maßstabe, so erscheint diese Majorität in der Kammer eben nicht so ungeheuer. Blicken wir auf die Nation, so müssen die Demokraten wohl außer der Berechnung geblieben sein; allein wir befürchten, diese Partei wird in nicht gar langer Zeit ihre Steine wieder ins Brett setzen und den Weisenden ungemein lästig fallen. — Wir rathen nochmals dem Ministerium und den Kammern, die kleinen und großen Eifersüchteleien auf Seite zu schieben und die Geschichte des Landes nicht en Detail zu führen. — Bringen die Konservativen in dieser Session ihre Geschichte nicht zum Schluß, so bleibt das Haus ohne Dach und es werden sich später andere unbeliebte Baumeister finden, die noch mehr Energie besitzen und das aus der Verfassung Gestrichene wieder hineintragen! — Wozu nützen diese kleinen Fraktionchen ohne kräftigen leitenden Gedanken, ohne Disziplin anders, als um die wichtigsten Beschlüsse mit geringen Majoritäten zu fassen? Genügen die Erfahrungen der beiden früheren Versammlungen nicht? Man bilde unter Prinzipien eine Rechte und eine Linke, die entschieden wissen, was sie wollen, damit das Ministerium nicht so viele falsche Freunde auf allen Bänken habe, die heute für, und morgen gegen stimmen. Die Kammern haben die Geschichte der Nation in der Hand und nur noch zwei Monate Zeit, um sie sicher zu stellen und Gesetz und Freiheit ins Gleichgewicht zu bringen. Es war von jeher das Loos der Konservativen, durch halbe Maßregeln und Kirchthums-Interessen zu Grunde zu gehen und warnen wir nochmals, der dringenden Aufgabe und der 12ten Stunde zu gedenken! Fort mit den Schalen, man greife zum Kern, schreite zu Thaten und meide diese Sündfluth unnützer Worte und das System der Vertagung jeder großen entscheidenden Frage. Die ganze Verfassung wird am Ende lauten: „Das Nähere bestimmt das künftig so Gott will zu erlassende Gesetz!“ — Kehren die Abgeordneten mit zerbrockelter Verfassung ohne Ablösungsgesetz und kräftige, freie Gemeindeordnung und geregeltes Budget heim, so wird das Land das Korn von der Spreu zu sondern wissen!

— Berlin, 26. Oktober. [Aus der heutigen Sitzung der zweiten Kammer.] Die Kammer verrieth in ihrer heutigen Haltung die Nachwirkung der anstrengenden Verhandlungen der letzten 4 Tage. Es zeigte sich eine unverkennbare Abspannung; wenige Redner theiligten sich an der Debatte und überall war die Neigung vorherrschend durch Abstimmung zum Ziele zu kommen. Der Abg. Rittmeister Schimmel

war der Einzige, der durch Ton, Haltung und Inhalt seiner Rede etwas zur Erheiterung der Kammer beitrug, dieselbe aber das ihr bereite Vergnügen durch die Hartnäckigkeit, mit der er sich auf der Tribüne etablierte, ziemlich theuer bezahlen ließ. Einen sehr komischen Eindruck machte es dabei, als, nachdem der ehrenwerthe Abgeordnete mit äußerster Anstrengung bei der Lungenflügel den unaufmerksamen Zuhörern sämtliche Gründe für die Nichtbetheiligung des Heeres am Wahlrecht in die Ohren geschrien hatte, plötzlich der Abg. General v. Reyer sich erhob, um zu erklären, daß sein ehrenwerther Vorgänger qua Don Quixote gegen Windmühlflügel gekämpft habe. — Eine andere Episode ereignete sich am Schluß in dem Streit um die ministerielle Abgeordneten-Eigenschaft des Hrn. v. Manteuffel. Der Gutmüthigkeit des Grafen Schweinin, der die Sache kurz abzumachen gedachte, stellte sich sofort die scharfe Eifersucht Auerwald's gegenüber und diesen gedachte wieder der allezeit fertige Schirmhalter des Ministeriums, der würdige Kleist-Regow, mit scharfer Lanze zu Boden zu rennen. Der Minister war indeß klüger, er ließ sich auf den zweifelhaften Kampf gar nicht ein, sondern erklärte, freiwillig den Regeln der Geschäftsordnung als Abgeordneter gehorchen zu wollen. Dadurch vermied er eine mögliche Niederlage und erndete ein Bravo. — Wichtiger als diese kleinen Kammerpikanerien waren indeß die großen Töne, welche der Nachhall der gestrigen Aeußerung des Ministers v. Manteuffel heute hervorrief. Der Abg. v. Sauten sprach sich am unumwundensten aus und man kann annehmen, daß seine Worte der getreue Ausdruck der Ansichten einer großen Zahl von Abgeordneten war. Man ließ ihn aber ohne Unterstützung, weil er in der Form fehlte und die Sache als hier ungehörig bezeichnet werden mußte. Desto mehr Beifall erhielt der Abg. Tobe, der seine Replik auf eine kurze aber entsprechende Weise in den von ihm behandelten Gegenstand hineinzuflechten wußte. Dies veranlaßte denn auch den Minister zu antworten und zwar in einer Haltung, die, von der gestrigen durchaus abweichend, in aller Beziehung offenbar als begütigend gelten sollte. Jeder ist natürlich der beste Dolmetscher seiner Worte und somit steht denn auch uns, nachdem der Minister heute erklärt hat, wie er sie verstanden wissen wollte, kein Zweifel daran zu; ob aber in der Kammer dadurch der ungünstige Eindruck von gestern verwischt worden ist, das dürfte abzuwarten sein und wird jetzt wohl von anderen Dingen, als einer bloßen nachträglichen Gegenerklärung abhängig gemacht werden.

A. Z. C. Berlin, 26. Okt. [Die Aeußerung des Ministers von Manteuffel in der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer.] Gestern Abend fand, wie in der jüngsten Zeit bereits allwöchentlich, am Donnerstag die gesellige Reunion der Mitglieder beider Kammern im Mielenz'schen Lokal statt. Das Gespräch drehte sich fast ausschließlich um die gestrige Kammeritzung, namentlich um die vom Ministerisch gefallene Aeußerung. Es ließ sich nicht verkennen, daß dieselbe durchweg einen sehr niederdrückenden, theilweise aufsehenden Eindruck gemacht hatte und es wurden harte Aeußerungen sogar auch von den Mitgliedern der ersten Kammer vernommen. Man beschuldigte das Ministerium, daß es nicht bloß bei den Verfassungsberatungen fortwährend ein von ihm selbst unterzeichnetes und somit anerkanntes Fundamentaldokument zu beschränken und beschneiden bemüht sei, sondern nun auch mit Drohungen hervortrete, die die aufrichtig konstitutionellen Elemente der Kammer auf das Tiefste verletzten. Die Frage, was nun weiter zu thun sei? blieb unbeantwortet, wie denn auch zu ihrer Erledigung der Det wohl nicht angethan war. Die Ansicht schien sich indeß allgemein kund zu geben, daß man zwar nicht daran denken dürfe noch wolle, dem Ministerium eine systematische Opposition zu bereiten, in der Absicht es zu stützen, daß ihm aber doch eine abermalige Warnung zukommen müsse. Ein genauere Beschluß in dieser Hinsicht wird Seitens der Mielenz'schen Fraktion, als dem augenblicklichen Kern der Opposition, wahrscheinlich erst dann gefaßt werden, wenn ein anderer Plan, welcher darauf hinausläuft, diese Partei fester und enger durch ein spezielleres Programm zu organisieren, zur Ausführung gekommen sein wird. Dazu sollen schon heute in einer besonderen Fraktionsversammlung, welche im Mielenz'schen Lokal zum Nachmittage zusammenberufen ist, weitere Schritte geschehen. Einzelne Stimmen waren gestern mehrfach der Ansicht, daß, vorbehaltlich der späteren Parteibeschlüsse, gleich heute dem Ministerisch von der Tribüne aus eine Antwort auf die gestrige Aeußerung gegeben werden müsse, doch blieb man darüber geheimer Ansicht. Der Verlauf der heutigen Sitzung wird das Endresultat ergeben (s. die Kammerdebatten — oben). — Abgesehen von diesem engern Kreise hat der gestrige Vorgang auch im größeren Publikum vielfach sehr unangenehm berührt. Man begreift mit Recht nicht, wie der Minister zu einer so provokatorischen Aeußerung kommt. Will das Ministerium dann abermals zu einer Kammerauflösung schreiten, um an

jene „ungeheure Majorität“ zu appellieren?! Es giebt seit gestern viele Stimmen, die dies durchaus nicht mehr für unmöglich halten. Nach unserer und der Ansicht Aller, die nur noch ein Fünkchen von Interesse für eine ehrliche konstitutionelle Entwicklung in sich tragen, könnte das Ministerium nichts Beflagenswertheres, nichts Unpolitischeres thun. Eine neue Revolution von oben oder von unten müßte damit losbrechen. Das Ministerium sollte doch wissen, wie sein Boden von Tage zu Tage mehr unterhöhlt wird, theils durch die Junkerpartei, die ihre Steuerbevorrechtung nicht aufgeben will, theils durch die liberale Partei, die für ihren kirchlichen Einfluß fürchtet; es sollte doch wissen, wie von diesen beiden Seiten, fast täglich durch Briefe, Deputationen, ja pamphletartige Brochüren mit und ohne Namen auf die Kammer eingestürmt wird. — Das Ministerium sollte dies wissen und würdigen, um den Boden, den es von seinen rettenden Thaten her sich bewahrt hat, nicht muthwillig Preis zu geben. Wahrlich, so können wir den Absolutismus oder die Republik, niemals die konstitutionelle Monarchie bekommen!

C. C. Berlin, 26. Oktober. [Die Eisenbahn von Posen nach Breslau.] Den Kammermitgliedern ist eine, den Bau der Eisenbahn von Posen nach Breslau betreffende Denkschrift des Magistrats und der Stadtverordneten in Posen zugegangen, worin die Nothwendigkeit des sofortigen Angriffs der Ostbahn und Saarbrücker Bahn zugestanden, dagegen die Dringlichkeit und Zweckmäßigkeit des sofortigen Baues der westphälischen Bahn bestritten wird. Dieselbe habe gar nicht die große Wichtigkeit für den Verkehr, und in politisch-strategischer Hinsicht nicht diejenige, welche man ihr vindizieren wolle, sondern nur eine lokale Bedeutung. Ganz anders verhalte es sich mit der Posen-Breslauer Bahn. Durch dieselbe werde der Weg von Breslau nach Stettin auf 47 Meilen vermindert (über Berlin beträgt er 65 1/2 M.), die Stargard-Posener Bahn erhalte dadurch erst ihre Bedeutung und könne rentabel gemacht werden. Sodann werde die Bahn dazu dienen, Ober- und Mittel-Schlesien mit Pommern und Preußen zu verbinden, für welches letztere die Verbindung mit Schlesien dieselbe Bedeutung habe, wie die mit Berlin und den westlichen Provinzen. Die politisch-strategische Wichtigkeit liege bei einer offenen Grenzlinie von 180 Meilen Ausdehnung klar zu Tage. Ueberdies hätten auch die östlichen Provinzen, bei ihrer durch die russische Grenzsperrung verursachten Verkehrslosigkeit gerechte Ansprüche darauf, daß der Staat für Verkehrsmittel Sorge. Die Länge würde über Kosten, Lissa und Rawicz 20 Meilen betragen, die Kosten bei dem gänzlichen Mangel an Terrainschwierigkeiten nur 4 Millionen. Unter solchen Umständen sei es nicht allein ungerecht und unzuweckmäßig, wenn die westphälische Bahn, nach dem Regierungsplan, den Vorzug haben solle, sondern sei es sogar eine Nothwendigkeit, daß der Bau dieser Bahn auf Staatskosten sogleich neben dem der Ostbahn in Angriff genommen werde. Der Bau der Zweigbahn von Lissa nach Glogau, die kostspieliger und dennoch weniger wichtig sei, könne vorläufig aufgeschoben werden.

Berlin, 26. Okt. [Vermischte Nachrichten.] Bei der Anwesenheit Sr. Majestät in Blankenburg, als Gast des Herzogs von Braunschweig, wird auch der König Ernst August sich in der alten Harzstadt einfinden. Bei dieser Zusammenkunft der beiden Monarchen werden jedoch politische Fragen gänzlich aus dem Kreise der Unterhaltung gebannt bleiben. — Das Justizministerium hat zur Erledigung der schon seit Jahren angeregten Bedenken gegen die bestehende Einrichtung des juristischen Prüfungswesens gutachtliche Aeußerungen von den höchsten Gerichtshöfen eingefordert. Dem Vernehmen nach sind dieselben überwiegend gegen eine Verminderung der jetzt gesetzlichen Zahl von drei Prüfungen auf zwei ausgefallen, und der Justizminister soll deshalb auch entschlossen sein, in dieser Beziehung keine Aenderung eintreten zu lassen. Dagegen wird eine Festsetzung in Bezug auf die Dauer der Vorbereitung zur letzten Prüfung durch Ministerial-Reskript erwartet. Wie man vernimmt, wird dieselbe auf einen Zeitraum von 2 1/2 Jahren begrenzt werden. — Bestimmt wird heut versichert, daß der Baron v. Caniz, Herr v. Bismark-Schönhausen zum Zweikampf gefordert habe.

C. B. [Die Aktenstücke zur deutschen Frage.] welche mit einer Denkschrift vom 22. Oktober d. J. (heut früh bereits durch die „Deutsche Reform“ veröffentlicht) der zweiten Kammer neuerdings mitgetheilt wurden, behandeln in 2 Abschnitten 1) die provisorische Bundes-Kommission und 2) das Verhältniß zu den dem Bündniß vom 26. Mai nicht beigetretenen Regierungen. Die Akten ad 1 beginnen mit der Note des Herrn v. Prokesch vom 15. Septbr. m. t. welcher der vom Reichsverweser durch Herrn v. Biegeleben in Wien vorgelegte und vom kaiserlichen Kabinett modifizierte „Entwurf zu einer Uebereinkunft der beiden deutschen Großmächte“ dem Minister v. Schleinitz mit dem Bemerkten überreicht wird, daß „Freiherr

doch mit Vorwissen Sr. kaiserl. Hoheit, auf vertraulichem Wege vorerst in Berlin die Ueberzeugung der Geneigtheit Preußens gewonnen hatte, demselben beizutreten, im Falle österreichischer Seits deshalb ein Antrag gestellt werden sollte.“ Es folgen dann die bereits bekannt gewordenen Erklärungen der preussischen Regierung und die verschiedenen Entwürfe in der ursprünglichen Gestalt, in den modifizirten Fassungen und in der Form, in welcher sie unterm 10. Oktbr. ratifizirt worden sind. Dem ursprünglichen Entwurf fehlt im Art. 1 die Erwähnung, daß die Uebereinkunft „im Einverständnis mit dem Reichsverweser“ getroffen ist. Dagegen legt im Art. 7 der ursprünglichen Vorlage der Reichsverweser seine Befugnisse in die Hände des Kaisers von Oesterreich und des Königs von Preußen „als ein für die Gesamtheit der Nation zu bewahrendes Gut“ nieder, — ein Vorbehalt, der in dem ratifizirten Entwurf fehlt, obgleich er sich in den modifizirten Vorschlägen aller drei Kontrahenten vorfindet. — Ad 2 werden die durch bairische Blätter schon früher veröffentlichten Unterhandlungen mit Herrn v. d. Pfordten mitgetheilt, zu welchen auch ein vertraulicher Schriftwechsel zwischen Herrn v. d. Pfordten und Herrn v. Radowicz Betreffs der von ersterem gemachten Vorschläge zur Modifikation des Verfassungs-Entwurfs gehört. Dieser Theil der Akten schließt mit der definitiven Ablehnung Baierns durch die Erklärungen vom 8. Sept. Eine Aufforderung des Herrn v. Schleinitz zu nochmaliger Erwägung vom 17. September ist hier noch zu erwähnen. Endlich folgt die definitive Ablehnung des Beitritts Seitens der königl. württembergischen (26. Sept.) und der landgräfl. hessen-homburgischen Regierung vom 14. September.

C. B. Die bereits erwähnten Gesekentwürfe zum Schutz der persönlichen Freiheit und die Stellung unter besondere Polizeiaufsicht betreffend, sind heute ausgegeben. Ersteres enthält 12 §§. Die Verhaftung darf nur kraft eines schriftlich richterlichen Befehls erfolgen. Die vorläufige Ergreifung und Festnahme kann ohne richterlichen Befehl erfolgen 1) bei Ergreifung auf frischer That, 2) wenn spätere Umstände eine Person der That und zugleich der Flucht verdächtigen. Außerdem können Personen um ihrer eigenen oder der öffentlichen Sicherheit willen in polizeiliche Verwahrung genommen werden. Mit Rücksicht auf diese vorgenannten Zwecke und aus anderen Gründen des öffentlichen Wohles und Dienstes ist Eindringen in die Wohnungen zur Nachtzeit gestattet. Gesetz vom 24. September wird aufgehoben. — Das zweite Gesetz enthält 8 §§ und verordnet die Verurtheilung wegen Hoch- und Landesverrath, außerdem wegen einer Reihe gemeiner Verbrechen die Polizeiaufsicht.

P. C. Berlin, 24. Okt. [Handel und Gewerbe. Sitzung vom 23. Okt.] Stillstand ist Rücksicht, wie die einnenfabrikation uns leider trotz aller Staatsweisheit bewiesen hat.

Steinkohlen und Eisen regieren die Welt! Preußen scheint auch hier den Zauderer zu spielen, denn seit 30 Jahren stehen wir vergeblich um eine Aenderung des verderblichen Systems der Bevormundung und Fiskalität. In der heutigen Sitzung lag der interessante Bericht eines englischen Hauses vor, welcher beweist, daß in jenem Lande Kaufleute bessere Statistiker sind, als unsere Staatsanwaltschaft. Wir geben denselben getreu wieder, damit die Kammermitglieder aus dem allgemeinen Fortschritt die Nothwendigkeit der einheimischen Verbesserung anerkennen und nicht glauben, daß nur der Geist der Sonder-Interessen unsere Feder führe.

Kohlen und Eisen.  
Uebersicht der Produktion von Steinkohlen und Eisen  
in Europa und Amerika.  
(In Tons à 20 Centner engl.)

	Steinkohlen.	Eisen.
England . . . . .	31,500,000	2,200,000
Belgien . . . . .	4,400,000	502,000
Frankreich . . . . .	4,960,077	150,000
Preußen . . . . .	4,141,617	448,000
Oesterreich . . . . .	3,500,000	—
Rußland . . . . .	700,000	190,000
Deutscher Zollverein . . . . .	—	400,000
Schweden . . . . .	—	300,000
Alle anderen europäischen Länder . . . . .	—	145,000
		76,000
Total Tons		49,201,694
		4,411,000

Unter den Fortschritten, die in diesem Jahrhundert durch Wissenschaft und Arbeit gemacht worden sind, nimmt ohne Zweifel die Vermehrung in der Produktion von Kohlen und Eisen einen hohen Rang ein.

Es gewährt Interesse, den jezigen Umfang zu kennen, noch mehr aber die Progression, die in entfernten Welttheilen der Produktion von Kohlen bevorzieht.

Diese kurzen Notizen und die obige Tabelle sind den Beobachtungen entlehnt, welche in den letzten drei oder vier Jahren durch kompetente Personen gemacht worden sind.

Lange schon hat England von beiden Gegenständen am meisten geliefert, aber die Vermehrung in den letzten 25 Jahren und die Anzeichen von fast unerschöpflichen Quellen sind so außerordentlich, daß sie für die Zukunft auf Resultate deuten, welche alle bisher erfahrenen als kleinlich erscheinend zurücklassen, aber auch zugleich die Erwartungen verwirren, von dem was die Folgezeit leisten möge, in denjenigen Zweigen des menschlichen Strebens, in welchem Kohlen und Eisen eine so große Rolle spielen.

(Fortsetzung in der Beilage.)



gen für die Ertheilung der Zustimmung von Seiten eines oder des andern deutschen Einzelstaates bekannt geworden ist. Es mögen jene Gerüchte zum Theil dadurch veranlaßt worden sein, daß, wie verlautet, einige der größeren deutschen Staaten an die Ertheilung ihrer Zustimmung zu dem Vertrage vom 30. Septbr. gewisse Vorbehalte knüpfen, um ihre Selbstständigkeit nicht preiszugeben und um eine möglichst rasche Beendigung des Interims durch die Herstellung nationaler und freisinniger Central-Institutionen zu sichern. Einer dieser Vorbehalte berührt die Stellung der Bevollmächtigten, welche die Regierung der deutschen Einzelstaaten nach Frankfurt senden werden, um sie bei der interimistischen Bundeskommission zu vertreten. Es würde diesen Bevollmächtigten jedenfalls eine konsulative Befugniß bei allen wichtigeren allgemeinen Angelegenheiten zustehen, in der gleichen Weise, wie es zeitlich bei den Bevollmächtigten der Einzelstaaten dem Reichsministerium gegenüber der Fall gewesen. Diese Vorbehalte sind jedoch keineswegs der Art, daß sie Abänderungen des Vertrages selbst nöthig machen würden; sie sind keine Bedingungen, von welchen der Vertrag noch in Frage gestellt wäre und an welchen dessen Verwirklichung scheitern könnte.

(D. U. 3.)

**Frankfurt, 24. Okt.** [Bedenkliche Vorbereitungen.] Man scheint heute, dem letzten der so genannten Herbsttage der frankfurter Weinlese, Ruhestörungen zu befürchten; es sind wenigstens umfassende Vorkehrungen und Vorsichtsmaßregeln getroffen; Patrouillen ziehen bereits seit heute Mittag durch die Straßen, an der Mainbrücke steht eine halbe Kompagnie Oesterreicher und jenseits des Mains sind zwei österreichische Geschütze mit einer Infanterie-Bedeckung aufgeföhren. Ob bestimmte Anzeichen vorliegen, welche eine solche Kraftentwicklung rathsam erscheinen lassen, weiß ich nicht.

(Köln. 3.)

**München, 23. Okt.** [Die heutige Sitzung der Abgeordneten] ist besonders bemerkenswerth durch die Vorlage des Amnestiegesetzes. Minister v. Kleinschrod verliest den Entwurf unter einer allgemeinen Spannung, die alsbald dem stummen Gefühl schmerzlicher Enttäuschung Platz macht. Der Herr Minister verliest die Motive zu diesem Gesetze, und hängt dem die einzige Bemerkung an, daß durch diese Amnestie 8 bis 9000 Bewohner der Pfalz der gerichtlichen Einschreitung entzogen werden. Wenn die gerichtlichen Verfolgungen so weit auszudehnen unmöglich war, so sollte dies, wie uns dünkt, auch auf die Beurtheilung der anderen Fälle ein milderes Licht werfen. Dieser Gesetzesvorlage gingen einige Interpellationen voraus. Die erste war die bereits mitgetheilte des Fürsten Wallerstein. Minister v. d. Pfordten beantwortete sie, indem er auf früher Gesagtes und auf künftige Mittheilungen verwies, und zugleich versicherte, daß in dem Vertrage vom 30sten September die Annahme der bayerischen Vorschläge, wie sie vor Monaten gemacht worden, liege; durch das neue Interim sei vor Allen eine Zerreißung Deutschlands verhindert. Fürst Wallerstein legt ausführlich Verwahrung ein gegen einseitiges Verfahren in der deutschen Sache ohne Zuziehung der Volksvertretung. Der Minister entgegnet mit Wärme, wie er immer dies im Auge habe und die baldigste Realisirung dieses Wunsches unerrückt anstreben werde. Eine weitere Interpellation ging von Dr. Jäger aus und betraf die Quartierlast in der Pfalz. Die umfassende Antwort des Kriegsministers giebt zu erkennen, daß der Kriegszustand in der Pfalz vorerst fortbestehen werde, bezüglich der Einquartierung aber, die zum Theil auf Wunsch der Gemeinden erfolgte, jede mögliche Erleichterung fortwährend eintrete. — Das Gesetz über die provisorische Steuererhebung wurde nach einiger Debatte gegen eine Stimme angenommen, jedoch mit der Modifikation, daß nur die bis 1. April 1850 fälligen Ziele eingehoben werden. Aus der Verhandlung entnehmen wir, daß die Regierung die Einbringung eines Gesetzes beabsichtigt, durch welches die provisorische für ein Jahr 1849 eingeführte Kapital- und Einkommensteuer neuerlich bewilligt werden soll. — Das Referat in der deutschen Frage wird noch diese Woche erwartet.

(A. 3.)

**Stuttgart, 24. Oktober.** [Eine Erklärung des Premier-Ministers] Herrn Römer lautet in der „Württemberg. Sta.“ dahin: „Ich habe den Hrn. Präsidenten des Reichsministeriums in meinem Leben noch nie gesehen, somit auch keine Konferenzen mit ihm gehabt. Eben so wenig habe ich die Ehre gehabt, von dem Erzherzog Reichsverweser, der ohne Zweifel von meiner Anwesenheit in Frankfurt keine Kenntniß hatte, empfangen oder gar zur Tafel gezogen zu werden. Meine Reise nach Frankfurt hatte überhaupt keinen politischen Zweck, sondern einen gesundheitlichen. Hiernach ist von allem, was über diese meine Reise in öffentlichen Blättern zu lesen war, nichts wahr, als daß ich am Geburtstage Seiner Majestät des Königs von Preußen die preussische Parade mit angesehen habe. — Welche Folgerungen aus dieser wichtigen Thatsache gezogen werden wollen, überlasse ich dem Ermessen des geehrten Publikums.“

Fr. Römer.

**Karlsruhe, 22. Oktober.** [Die standrechtlichen Erschießungen] haben jetzt, wie man in gut unterrichteten Kreisen erzählt, ihr Ende erreicht und die noch übrigen schwer Geavirten werden wohl mit kürzerer oder längerer Zuchthausstrafe, je nach dem Grade ihrer Mitschuld, davon kommen. Demnächst werden denn auch für die Offiziere und sonstigen Militärbeamten die Ehren- und Kriegsgerichte ihren Anfang nehmen.

(D. P. U. 3.)

**Kassel, 23. Okt.** [Eröffnung der Sitzungen.] Heute fand hier die erste Sitzung der Ständeversammlung statt. Der Landyndikus erstattet in derselben Bericht des permanenten ständischen Ausschusses über dessen Wirksamkeit seit der Vertagung, über dessen Thätigkeit während der Ministerkrisis, so wie über andere, während der Vertagung vorgekommene Ernennungen zc. Hierauf verliest der Präsident mehrere selbstständige Anträge: 1) des Herrn Lederer: die Regierung zu ersuchen, allen ihren Einfluß bei der badischen Regierung dahin zu verwenden, daß den standesrechtlichen Prozeduren in diesem Lande Einhalt geschehe; 2) des Herrn Raub denselben Gegenstand betreffend; 3) eine Interpellation des Herrn Pfeiffer (Staatsprokurator): ob der von den Regierungen Preußens und Oesterreichs unterm 30. Septbr. d. J. abgeschlossene Vertrag wegen Bildung einer neuen provisorischen Bundes-Centralgewalt bereits der kurhessischen Regierung zur Zustimmung vorgelegt worden sei, beziehungsweise, was dieselbe in dieser Hinsicht zu thun gedenke? 4) Antrag des Herrn Kompe wegen Revision der Gemeindeordnung zc. — Hr. Henkel vermisste unter den Vorlagen die wegen der Wahlen zum deutschen Volkshause. Die Politik der kleinen Staaten oder Bundesstaat entbehre aller Garantie, ihre Bestrebungen seien eine Sisyphusarbeit ohne Ziel, deshalb müsse bei ihnen die deutsche Sache in dem Vordergrund stehen. Kurhessen habe darin stets den ersten Rang behauptet. Deshalb hätte es der erste Akt der Regierung sein müssen, den Entwurf eines Reichs-Wahlgesetzes zur Vorlage zu bringen. Er stellt den Antrag, die Regierung zu ersuchen, in einer der nächsten Sitzungen den Entwurf des fraglichen Wahlgesetzes vorzulegen. Es sei kein Weg zur Einheit zu gelangen, mehr vorhanden, wenn man nicht Preußen, dessen eiferiger Wille doch jetzt nicht mehr zu bezweifeln sei, unterstütze. — Staatsrath Eberhard entgegnete, daß die Wichtigkeit dieser Angelegenheit von der Regierung am wenigsten verkannt werde, der Entwurf sei vorbereitet und werde in wenigen Tagen der Stände-Versammlung vorgelegt werden. — Herr Henkel zog seinen Antrag, als durch diese Erklärung erledigt, zurück. — Die Sitzung wurde hierauf geschlossen.

(R. U. 3.)

**Hamburg, 25. Oktober.** [Festmahl für die Ungarn.] Veranlaßt von Mitgliedern der konstituierenden Versammlung fand gestern im Hotel de St. Petersburg ein Festmahl zu Ehren der hier befindlichen Ungarn Statt, an welchem sich etwa 200 Personen betheiligten. General Klapka äußerte sich in seiner Erwiderung auf die Anrede des Dr. Gliga, nachdem er die Weigerung der französischen Republik, die flüchtigen Ungarn aufzunehmen, erwähnt, über die Sympathien Deutschlands für dieselben und versicherte, daß die Ungarn in den Oesterreichern nicht die Deutschen, sondern nur die Werkzeuge der freiheitsfeindlichen Politik des österreichischen Kabinetts bekämpften, und daß Ungarn auf den lebendigen Hauch Deutschlands zu seiner Wiedererweckung rechne. Außer Klapka sprach auch noch Ujhazy, der Civil-Kommandant von Komorn. Aus der nach dem Mahle gepflogenen Unterhaltung ging die übereinstimmende Ansicht der Ungarn und namentlich Klapka's hervor, daß Görden, von Anfang an ohne Begeisterung für die Sache des Vaterlandes und nur von Eigennuß und Ehrgeiz getrieben, sich ohne wirkliche Nothwendigkeit mit seinen 40,000 M. den Russen ergeben habe. Kossuth's glühender Vaterlandsliebe wurde jede Anerkennung gezollt, ihm indeß Schuld gegeben, daß er die Sache unnöthiger Weise auf die Spitze getrieben und durch sein Festhalten an der republikanischen Form, die Möglichkeit einer günstigen Erledigung der Sache unter Englands u. Frankreichs Vermittelung verschert habe.

(B. 3.)

[Festmahl für Gagern.] Kurz nach 5 1/2 Uhr begann heute Abend in dem glänzend erleuchteten und ausgezeichnet decorirten und drappirten großen Saale der Tonhalle die Heinrich v. Gagern zu Ehren von den Vorstehern des patriotischen Vereins veranstaltete Feler. An 5 langen Tafeln nahmen nahe an 400 Männer Platz. Das hantaische Militär-Musikchor saß auf der Tribünen-Estrade; die Gallerien waren fast ausschließlich mit Damen besetzt. In der Nähe der Tribüne waren die 5 Tafeln zu einem Halbkreis vereinigt, an welchem die 3 Ehrengäste Heinrich v. Gagern, Carl Mathy und Dr. G. Kieffer saßen. In ihrer Nähe hatten noch Hans v. Raumer (in seiner schleswig-holst. Uniform) und der Bremer Begleiter Gagerns, Herr Meier, Platz genommen. Die Mitte des Halbkreises bildete der Sitz, den Herr Godeffroy, als Vorsitzender des Festes, eingenommen hatte. (Die Reden, welche bei dieser Ge-

legenheit gehalten wurden, füllen ganze Seiten der Hamburger Zeitungen. Wir haben leider keinen Raum dafür.)

**Hamburg, 25. Oktober.** [Truppenmärsche.] Heute Nachmittag ist das zweite Bataillon des 7. (nicht 8.) preussischen Infanterie-Regiments hier angekommen, dessen 3. Bataillon gestern hier eingetroffen ist. Morgen folgt das 1. Bataillon. Der Tag ihres Wiederabganges ist noch unbestimmt.

(H. C.)

**Oesterreich.**

**Wien, 23. Oktober.** [Der Belagerungs-zustand. — Das Ereigniß zu Urad. — Pillerersdorf.] Mehrfache Anzeichen scheinen auf eine abermalige Verlängerung des Belagerungs-zustandes hinzudeuten, nachdem derselbe zu Ende dieses Monats mit Gewißheit aufgehoben werden sollte. Die Gemächer im Lustschloß zu Schönbrunn werden in heizbaren Zustand gesetzt, wonach eine Ueberwinterung des Hofes zu erwarten stände und der Souverän hat eine Bekanntmachung erlassen, worin das häufige Vorkommen wörtlicher und thätlicher Beleidigungen von Militärindividuen drohend hervorgehoben und exemplarische Bestrafung in Aussicht gestellt wird. Wir wissen zur Genüge, was dies zu bedeuten habe und daß derlei Erlasse stets dann ans Licht zu treten pflegen, wenn sich im Publikum die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit einer baldigen Aufhebung des Ausnahmestandes festgesetzt hat. Um die Sache vollends in ein ominöses Licht zu stellen, ist nach langer Pause wieder einmal ein mythischer Schuß gefallen und zwar am Karolinenthor, in dessen Nähe das k. k. Feldzeugamt ist. Alle Welt kennt diese nächtlichen Schredschüsse, deren Urheber niemals entdeckt werden, obschon die Bastei von Soldaten strogt und wir uns einer Garnison von 30,000 Mann erfreuen, und noch zur Stunde harren wir auf nähere Aufschlüsse über jene beiden Franzosen, welche die Schildwache in Schönbrunn überfallen haben sollen. Bei der gänzlichen Unsicherheit aller für Aufrechterhaltung des Ausnahmestandes vorgebrachten Gründe muß die Zögerung der Regierung in dessen Beseitigung zuletzt endlich selbst in den Gemüthern der höheren Klassen den Keim des Misstrauens austreuen und den Argwohn, als gehe man doch im Stillen mit ungeahnten Staatsstreichen schwanger, da unmöglich angenommen werden kann, daß das geringfügige persönliche Interesse, das hin und wieder bei dieser Sache betheiligt ist, in einer so höchst wichtigen Angelegenheit als maßgebend wirken könne. — Das Ereigniß in Urad, wo eine nur zur Hälfte gelungene Explosion die Wohnung des Festungskommandanten zerstören sollte, erregt allseitiges Aufsehen, und obschon von gewisser Seite jede Absichtlichkeit gelehnet und der ganze Vorfall als ein gewöhnliches Unglück hingestellt wird, so erhält sich dennoch der Glaube an ein Rachekomplott für die hingerichteten Generale. Bei der Explosion sind einige Soldaten, die zur Dienerschaft des Generals gehörten, getödtet worden und dem Festungskommandanten wurde nebst einigen kleineren Blessuren die Kniecheibe des linken Fußes zerschmettert. Hoffentlich wird es der Untersuchung gelingen, den Thatbestand dieses Ereignisses baldigst festzustellen, was in den bisher eingelaufenen Berichten vermist wird, und daraus ließe sich denn gar leicht wahrnehmen, ob dabei wirklich nur ein unglückseliger Zufall im Spiel gewesen oder aber ein wirkliches Attentat vorliegt. — Die Verhaftung des ehemaligen Ministers Pillerersdorf, die jüngst Ihr Blatt meldete, hat zwar nicht stattgefunden, aber hochgestellte Männer haben bereits wie von einem Faktum davon gesprochen, weil nämlich das hiesige Kriminalgericht auf die vom Appellationsgericht erhaltene Weisung hin auch die Thätigkeit Fischhof's in der Permanenz des Reichstags in den Bereich der Untersuchung zu ziehen, sofort die Nothwendigkeit der Verhaftung mehrerer anderer Reichstagsdeputirten aussprach, worunter sich auch Baron Pillerersdorf befunden habe. Hierauf stellte der Ministerialrath bei Sr. Majestät dem Kaiser den Antrag, den ganzen Prozeß niederschlagen zu wollen und die angebeuteten Verhaftungen mußten vor der Hand unterbleiben.

**N. B. Wien, 25. Okt.** [Tagesbericht.] FML. Erzherzog Albrecht ist vorgestern nach Mainz abgereist, um das dortige Gouvernement anzureisen. — Die k. k. Hofburgwache erhält eine neue Adjutur.

\*) Obiger Brief ist uns um 2 Mal 24 Stunden zu spät gekommen. Schon seit einiger Zeit bemerken wir mit Leidwesen eine große Unregelmäßigkeit des Eintreffens der an uns gerichteten Briefe aus Wien. An treffens der an uns gerichteten Briefe aus Wien, in welchem die Schuld liegt, vermögen wir natürlich nicht angeben. Doch eruchen wir einstweilen die geehrten Korrespondenten, mit der Aufgabe der Briefe zur Post recht pünktlich zu sein. Ein anderer Brief aus Wien (mit dem Stempelzeichen 24. Oktober versehen) kommt uns erst heut über Berlin in (Stempelzeichen 25/10) zu. Die Adresse ist richtig, somit ist dieser Umweg von 90 Meilen nicht die Schuld unseres Korrespondenten. — Wie kommt es aber, daß wir außer dem Verlust der jetzt unbrauchbaren Korrespondenz auch noch das durch den Umweg vergrößerte Porto tragen sollen? Red.

Stahlgrüne Waffenröcke mit rother Passpoilung und goldenen Epauletten, russisch-graue Pantalon mit rothen Streifen, Pickelhauben, nach Art der russischen, mit dem k. k. Adler und einem Kosschewitz, dieser jedoch nur in Parade. Die Hof-Gensdarmarie erhält dieselben Hauben und Waffenröcke mit Achselnähren, enge, lederne Hosen, hohe Stiefel und Stülphandschuhe, auf en Pferden krepptrothe Schabraken mit dem k. k. Adler. — **H.M.** Haynau ist von Grätz wieder hier angekommen. — Das Gerücht, daß der Finanzminister seine Entlassung zu nehmen gesonnen sei, falls eine Reduktion der Armee nicht stattfindet, ist bereits in mehrere Blätter aufgenommen worden, bedarf jedoch sehr der Bestätigung. — Die Dislokationstabelle, nach welcher das Armeekorps in Böhmen Winterquartiere beziehen wird, ist bereits vollendet. 16 Städte erhalten Stabsstationen von mindestens 1 Bataillon. Das Hauptquartier kömmt nach Prag. Die Bequartirung geschieht in Kasernen und wäre dies nicht ausführbar beim Bürger und Landmann. Die Festungen werden vollständig armirt und bemant. — Das den Redemptoristen zur Umwandlung in ein Spital abgenommene Haus auf der Landstraße soll wieder seiner früheren Bestimmung zugeführt werden. — Der katholischenverein in Linz macht bedeutende Fortschritte und zählt bereits 5000 Mitglieder, worunter der ehemalige Landeschef Graf Barthenheim den thätigsten beizählt wird.

**O. C. Wien, 25. Oktober.** [Die Organisation Ungarns\*]. — Auswärtiges. Mit Ausnahme der ostdeutschen Post, welche ihr Raisonnement noch verzögert, haben bereits die meisten übrigen Wiener Blätter ihr Urtheil über die gestern kundgemachte Organisation Ungarns abgegeben. Die „Zeit“ findet den im ministeriellen Vortrage ausgesprochenen Grundsatze, daß die alte ungarische Verfassung in Folge der Revolution beseitigt worden sei falsch, und gefährlich. Allein bezüglich Ungarns ist nach unserm Dafürhalten allemal der Gesichtspunkt festzuhalten, daß die Sonderstellung und die Sonderbegünstigungen, deren sich dieses Land Angesichts der andern Provinzen erfreute, allerdings dem Eroberungsrechte verfallen konnte. Daß übrigens eine durch die Gewalt der Waffen unter die legitime Botmäßigkeit zurückgeführte Provinz ihr Recht, die Institutionen der übrigen Provinzen zu theilen, nicht verwirken könne, ist gewiß. Insofern Ungarn als Fremdband zu betrachten war, durfte seine Verfassung ohne Bedenken beseitigt werden. Insofern es jedoch trotz dieser stets ein integrierendes Glied der österreichischen Gesamtmonarchie gewesen, mußte es derselben Rechte und Freiheiten, wie alle anderen Kaiserthümern die Verfassung auf die §§ 87 und 120 der Reichsverfassung vollkommen genügt, um eine in Betreff der bürgerlichen und judiciellen Gesetzgebung Ungarns darin enthaltene Anomalie auszugleichen, ist die „Zeit“ immerhin so billig, anzuerkennen. Die „Presse“ ergeht sich, wie gewöhnlich, wieder in „Besorgnissen“. Sie sieht das Verfassungsstatut für Ungarn und Italien Jahre lang hinausgeschoben. Möge sie sich trösten! So sicher die übrigen Provinzverfassungen noch im Laufe dieses Jahres zur Promulgation gelangen werden, so wenig wird die Regierung säumen, auch bezüglich Ungarns und Italiens das Nöthige zu veranlassen. Möchte ein gereinigter, gebesserter Geist ihrem Bemühen in jenen Provinzen entgegenkommen! Unbegreiflich erscheint uns nun der Umstand, daß sie sich zum Behufe der Ausarbeitung des ungarischen Landesstatuts mit Vertrauensmännern zu umgeben denkt, beitragen mag, die „Besorgnisse“ der „Presse“ zu erhöhen. Ward doch dieses System auch bezüglich der übrigen Provinzen befolgt! Ungarn aber, das kaum wiederergewonnene, das noch aus tausend Wunden der Revolution blutende Ungarn, die Städte furchtbarer Völkerkämpfe und politischer Parteiungen, sollte ohne Wahl und Vorbedacht vom Fleck weg konstituiert werden? Was die „Presse“ gegen den angeblich disparaten Organismus der dort einzurichtenden, politischen Behörden vorbringt, ist meist unsinnlich. Eine etwas genauere Betrachtung des Dokuments würde der „Presse“ die Ueberszeugung verschafft haben, daß der in Frage stehende Organismus fast durchweg dem in anderen Provinzen bestehenden entspricht. Zwecklose Verwickelung und Vervielfältigung der Geschäfte zu verhüten, ist jederzeit des Ministeriums Bestrebung gewesen und ist es ihm auch in diesem Falle bestimmt nicht untreu geworden. — Gestern ward der außerordentliche türkische Bevollmächtigte Herr Konstantin Mussuruch von Sr. Majestät in einer Privat-Audienz empfangen wobei er ein eigenhändiges Schreiben des Sultans überreichte. — Triester Briefe aus Hongkong melden, daß der Gouverneur von Macao, Sir Amaral, von Chinesen in einer abgelegenen Straße ermordet worden ist. Die in Folge dieses Vorgangs entflammten Portugiesen haben das dortige Fort gestürmt und geschleift. — Die Idee des österreichisch-deutschen Zollvereins gewinnt täglich an

Bedeutung und Anklang in den Kreisen der Regierung. Man sieht der Publikation eines diesfällige Einigung anbahnenden Artikels entgegen.

\* **Wien, 25. Okt.** [Die öffentliche Stimmung in Bezug auf Ungarn.] Die Aufhebung der bisherigen, ausnahmsweise bestandenen Steuerfreiheit in Ungarn hat an der Börse viel Freude gemacht, da hierdurch dem Finanzminister bedeutende Quellen eröffnet werden. Weniger günstige Aufnahme fand das Patent wegen der Sonderstellung von Triest. Die hier lebenden Magyaren dagegen machen saure Gesichter über die gestern publizierte neue Organisation Ungarns. Nennlich ist die Stimmung der Radikalen, mit denen jetzt die sogenannten konservativen Ungarn-gemeinsame Sache machen. Diese verkünden für die Zukunft neue heftige Aufstände in Ungarn, wovon freilich die Berichte in den Blättern Nichts merken lassen. Es ist in ganz Ungarn eine totale Apathie an die Stelle des wildesten Nationalfanatismus getreten.

**Wien, 25. Oktober.** [Die Wirkung der neuesten Maßregeln in Bezug auf Ungarn. — Metternich, Hurter und der österreich. Gesandte in London.] Die Verordnung über die politische Organisation in Ungarn hat selbst die loyalsten Magyaren nicht wenig überrascht, denn Niemand in Ungarn wollte sich bis jetzt zu der Meinung bekennen, daß die Regierung in der That das Werk der Centralisation dergestalt ausführen werde; die Vernichtung der achthundertjährigen Verfassung, welche übrigens durch die Reformen des verflorenen Jahres einen ziemlich modernen Zuschnitt erhalten hatte, berührt selbst das konservativste Herz, das sich hierbei mit der historischen Erinnerung tröstet, daß das Land schon einmal durch 25 Jahre hindurch keinen Landtag gehabt, und gleichwohl nicht unterdrückt werden konnte. Nicht bereits fungierende Oberdistriktskommissäre, durchgehends den besten Familien des konservativen Adels angehörig, haben sofort ihre Stellen mit der Erklärung niedergelegt, daß sie unter den obwaltenden Verhältnissen ihrem Vaterlande nicht nützlich sein könnten, ein Beispiel, das bald allgemeine Nachahmung finden dürfte und dann leicht von betrübenden Folgen für die Pacifikation Ungarns werde möchte. Wie ich vernehme, soll der Belagerungszustand des Königreichs auf drei volle Jahre berechnet sein und in der Zwischenzeit lediglich die Militairgewalt herrschen. Unter dem Militairregiment soll sodann die Civilverwaltung behutsam organisiert und ins Leben eingeführt werden, so daß bei Wegräumung der Waffenherfschaft das ganze Gerüst der Landes-Administration vollendet und erprobt daftände. — Graf Colloredo-Wallsee soll seine Abberufung von seinem Gesandtschaftsposten in London selbst verlangt haben, indem die dortige Stellung dem Lord Palmerston gegenüber ganz unsehrlich geworden sei. Andere behaupten jedoch, der Graf sei in jene Intriguen verwickelt, welche die Ausweisung des Fürsten Metternich aus England herbeigeführt haben. Diese Angelegenheit hat übrigens auch hier zu der Pensionirung des Dr. Hurter geführt, welcher einst Metternichs Günstling, von Pillersdorf entfernt, vom Fürsten Schwarzenberg neuerdings aber angestellt worden war und sich im Einverständnis mit seinem verbannten Gönner zu Umtrieben gegen den Feldzeugmeister Jellachich gebrauchen ließ, die plötzlich entlarvt wurden. Durch die Ernennung des Baron Neumann, der schon neben Fürst Esterhazy die Geschäfte geleitet, zum Botschafter am Hofe zu St. James, kommt abermals ein Bürgerlicher in die hohe diplomatische Laufbahn, denn Neumann ist eben nur ein im Dienste Seadelter, während Hübnier in Paris vollends Noturier ist.

**N. B. Wien, 26. Okt.** [Die Zolleinigung mit Deutschland.] Die heutige Wiener Zeitung enthält das ministerielle Programm zu einer allmähigen Zolleinigung mit Deutschland. Wir entnehmen dem hochwichtigen Aktenstücke einige wesentlichere Grundzüge. Es handelt sich um Vereinbarung der Interessen der 3 großen handelspolitischen Gruppen, der österreichischen, der Zollvereins- und der norddeutschen; — für Oesterreich insbesondere, aus der Prohibition in die Protektion überzugehen, die inneren Zollschranken zu beseitigen und den Eingang der Rohstoffe zu erleichtern. Hinsichtlich der Manufaktur-Erzeugnisse sollen die Zollschranken zwischen Oesterreich und den deutschen Staaten innerhalb 4 Uebergangsperioden von  $\frac{1}{4}$  —  $\frac{1}{2}$  —  $\frac{3}{4}$  des bisherigen Zollfußes fallen und die Dauer dieser Uebergangsstufen vertragmäßig im Vorhinein bestimmt werden. Dann erst soll eine völlige Zollvereinigung, jedoch bereits in der 4ten Periode für solche Industriezweige eintreten, welche sich bei gleichkommenden Zollfüßen gegen das Ausland einer ziemlich gleichen Entfaltung erfreuen. Die erste und wichtigste dieser Perioden ist den inneren Zollreformen gewidmet und hier soll schon die möglichste Uebereinkunft in den Zolltarifen nach bestimmten Prinzipien erzielt werden. In dem hierüber etwas unklar lautenden Satz heißt es: Namentlich ermäßigt oder beseitigt Oesterreich sofort die Zölle auf Roh- und Farbstoffe für die

Industrie und hebt 4 bis 6 Monate später, um für den Verbrauch jener noch verzollten Stoffe Zeit zu gönnen, die Verbote und Prohibitivzölle gegen ergiebigen Schutz gewährenden Eingangszölle auf; hierin wird zugleich dem Staatskassazins für den Wegfall jener Zölle gewährt. Gleichzeitig müßten die innern österreichischen Zollschranken fallen, wenn es nicht vorher schon geschehen. Die andern Stipulationen für diese erste Periode betreffen: den sofortigen gegenseitigen zollfreien Austausch aller einheimischen Rohzeugnisse und Nahrungsmittel, so wie der rohen Metalle, sofern man sich über Ein- und Ausfuhrzölle gegen jene Länder, die nicht zu den beiderseitigen Zollgebieten gehören, vereinigt; — die gegenseitige freie Durchfuhr; — die anzubahnenden und zu schließenden Uebereinkünfte über ein gemeinsames Gewicht-, Maß- und Münzsystem, über übereinstimmendes Wechsel- und Handelsrecht, Privat-Serrecht, über Gewerbegesetzgebung, Heimath- und Niederlassungsrechte, über Regelung der Flußschiffahrt und des Post-, Eisenbahn- und Telegraphenwesens. Sonst bleiben: eine durchgreifende Erleichterung in der beiderseitigen Grenzverwaltung der 2ten, — Annäherung in den Finanzzöllen, zumal von Kolonialwaaren, den 3ten, — Schifffahrtsübereinkünfte der 3ten und 4ten Periode vorbehalten. Hiermit hängen die Entscheidungen der Kommission zur Revision des österreichischen Zolltarifs zusammen, ausgehend auf — Aufhebung der Ein- und Ausfuhrverbote und deren Ersatz durch Tariffsätze nach dem Prinzip des vollkommen ausreichenden Schutzes der inländischen Produktion; — Erleichterung der Ausfuhr von Fabrikaten, (die nur einer Controlabgabe unterworfen werden); — Zollfreiheit für Beträge unter 1 Krz., so wie für den Grenz- und täglichen Verkehr; — nach Innen als Gewichtseinheit den österreichischen, nach Außen den Zoll-Centner. Uebrigens soll zur Beruhigung des österreichischen Gewerbestandes beiden Theilen vorbehalten bleiben, die vorbemerkten Uebergangsstufen noch um 1—2 Jahre zu verlängern und wird als Bedingung des Gelingens vorausgesetzt, daß jeder organische Schritt hierin durch Mitwirkung der konsultativen Körperschaften und der legislativen Gewalt geschehe.

**N. B. Wien, 26. Okt.** [Tagesbericht.] Den verschiedenen Militär-Kommandanten in Ungarn und Siebenbürgen ist neuerdings die strengste Beobachtung der in Betreff der ung. Banknoten vom F. z. M. Haynau erlassenen Proklamationen, in deren letzter ausdrücklich bemerkt war, daß für die abgelieferten Noten keine Entschädigung erfolgen werde, aufgetragen worden. — Das Gesetz über die Einrichtung und den Wirkungsbereich des Reichsrathes wird in Kürze erscheinen. Die Ernennung der Mitglieder desselben soll dann gleichzeitig erfolgen. — Das Dienstreglement für die in den Kronländern zu errichtende Gensd'armarie ist bereits entworfen. Sie wird in Regimentern mit so vielen Flügeln, als in dem Kronlande Kreise sind, eingetheilt. Ihre Organisation ist rein militärischer Art; sie wird jedoch nur zum politischen Dienste verwendet, fungirt als Landespolizei und vollstreckt Justizbefehle. Die Gensd'armen genießen Unteroffiziersrang. — Das für das Jahr 1850 auszuprägende Silbergeld wird nach einem neuen Münzfuß behandelt werden. Ueber den Münzfuß selbst ist noch keine Entscheidung erfolgt. Wahrscheinlich dürfte der in Preußen übliche dabei als Richtschnur dienen. — Ein Transport Gold- und Silberbarren, der zweite seit der Unterwerfung Ungarns, ist von Kremnitz im hiesigen Münzamt angelangt. Die russ. Münzen, welche bei Zahlungen an öffentliche Kassen gelangen, werden dem Münzamt zur Umprägung eingeliefert. Um dem Mangel an Scheidemünze in Pesth abzuheffen, wurden für 2 Millionen Gulden kleine Silbermünzen dahin geschickt. — Die hiesigen Buchhändler haben, nach glaubwürdigem Vernehmen, die strenge Weisung erhalten, kein Manuscript zu veröffentlichen, das nicht zuvor der Behörde vorgelegt worden. Das Journal „Die Zeit“ erblickt hierin die förmliche Wiedereinführung der Censur, und knüpft hieran, so wie an die über Civilisten verhängte körperliche Züchtigung, welche vorgestern stattfand, die traurigsten Betrachtungen.

\* **Wien, 26. Oktober.** [Das Schreiben des Sultans.] Gestern übermachte der türkische Botschafter am kaiserl. Hofe, Musurus, Sr. Maj. dem Kaiser ein Schreiben seines Souverains, dessen Inhalt in der Frage der magyarischen Flüchtlinge entscheidend gewesen zu sein scheint. Musurus hatte gleichfalls Konferenz mit dem Minister-Präsidenten Fürsten Schwarzenberg. Seitdem vernimmt man aus guter Quelle, daß sich die Pforte verbindlich macht, keinen Negaten anzustellen und alle Flüchtlinge unter fester Aufsicht von Widdin nach Candia abzuführen. Dieser Antrag, durch welchen das Einmischen des Lords Palmerston ganz beseitigt wird, soll hiesiger Seits ein geneigtes Ohr gefunden haben. Unser Botschafter in Konstantinopel, v. Stürmer, scheint auf dieses Auskunftsmitel angetragen zu haben.

**Pesth, 24. Oktober.** [Hinrichtungen.] Der Erste, der heute das Hochgericht bestieg, war Baron Sigmund von Perényi. In der vormärzlichen Per-

\* Wir haben obige Notizen als interessanten Beitrag zu den Ansichten der österreichischen Regierung über die ungarischen Verhältnissen aufgenommen. Red.

riode zweiter Präsident der Magnatentafel und Beisitzer des höchsten ungarischen Gerichtshofes, des sogenannten Septemvirats, war er ein eifriger Anhänger der Revolution, der er gleich in ihrem Beginnen als Mitglied des im Oktober gebildeten Landes-Vertheidigungs-Ausschusses diente. Er folgte dem Landtage auf seinen mehrfachen Wanderungen, und ward im Juni d. J. von Kossuth zum Jurex-Curiae der neu creirten Septemviral-Tafel ernannt. Perényi besaß eine scharfe geistvolle Dialektik, durch welche er oft auch dann seine Gegner besiegte, wenn ihnen die gerechtesten Waffen zur Seite standen. Seine Verurtheilung wird im ganzen Lande schmerzhaft empfunden werden, überraschend wird sie nur Wenigen, — nachdem Batthyanyi vorangegangen. — Der Zweite, Esernatony, fiel heute unter des Henkers Beil. Als erster Mitarbeiter des „Marcius Tizenötöké“, eines im Geiste des „Pariser Charivari“ gehaltenen Blattes, entwickelte er eine bedeutende Befähigung für Witz und Satyre, und ahmte mit vieler Gewandtheit Courriers Styl nach, indem er unter der Maske von Esfinkt die heftigsten Diatriben gegen die Dynastie veröffentlichte. Später berief ihn Kossuth als Sekretär in sein Bureau, und verwendete ihn zu einer politischen Sendung nach Paris. — In der That hörte ich heute von Vielen, daß Esernatony noch nicht zurück sei, der Erhängte aber ein gewisser Esernus sei, welcher Ministerial-Rath unter der republikanischen Regierung gewesen. Die nächste „Westliche Zeitung“ wird das Räthsel lösen. — Ueber den Dritten und Letzten, welcher heute sein Leben geendet, den Ablegaten Szacsavay, konnte ich Nichts sonst in Erfahrung bringen, als daß er dem Debrecziner Repräsentanten-Hause als Sekretär vorgestanden. — Werden dies die letzten Opfer der rächenden Nemesis sein? Eine aus wohlunterrichteten Kreisen geschöpfte Nachricht unseres heutigen Amtsblattes läßt wohl Aehnliches vermuthen; da sie jedoch ihre schöne Hoffnung erst auf dem Grabe einiger Reichstagsmitglieder und Regierungs-Kommissare aufspantz, wir aber unter den heutigen Opfern keinen Regierungs-Kommissar entdecken, so wird den Amnestie Erwartenden wohl noch ein wenig Geduld anzupfehlen sein. (Lloyd.)

### Italien.

## Turin, 18. Oktober. [Ausschlüsse über den letzten Krieg mit Oesterreich.] Man ist noch wenig über die wahre Ursache des Ausbruches des zweiten piemontesischen Krieges unterrichtet, so wie über die Ursachen seines traurigen Endes. Die Veranlassung war allerdings das Andrängen Ufer, welche Italiens Unabhängigkeit von Oesterreich wollten; allein die Regierung wäre mit Hilfe der Wohlmeinenden noch stark genug gewesen, den Frieden zu erhalten, und sich in das Unvermeidliche zu fügen, wozu auch Frankreich rieth. Allein der König wollte Ober-Italien erobern, er hielt sich für einen Feldherrn und Eitelkeit trieb ihn zum Wiederanfang der Feindseligkeiten. Die Wohlmeinenden, der größte Theil war dagegen, man hatte schon bei dem ersten Kriege gesehen, daß diejenigen, welche das größte Geschrei erhoben hatten, eben nicht die Tapfersten gewesen waren. Die Armee ging ungern in den Krieg, aber die Offiziere, Männer von Ehre, hatten den Willen, ihre Schuldigkeit zu thun, sie haben es bewiesen. Aber der italienische Landmann, der Bürger, sah sich durch den Krieg in seinen Geschäften gestört, und so fand das Heer überall den bösen Willen der Bevölkerung im Lande selbst; so daß es dem Heere sogar an Spionen fehlte, und die Oesterreicher mitantern gern gesehen wurden, weil man dabei die Rückkehr des Friedens erwartete. Dazu kamen die Geistlichen, welche gegen die Konstitution waren, da sie das Volk aufklärte und sie ihren Einfluß zu verlieren fürchteten, wenigstens unter strengere Kontrolle kamen. Ihre Anzahl ist sehr groß, ihre Einkünfte sehr bedeutend, und ihr Leben an manchen Orten eben nicht sehr exemplarisch, weshalb sie mitunter sehr verhaßt sind. Der Erzbischof von Turin wagt noch nicht zurückzukehren, und wie viel sich diese Herren erlauben dürfen, beweist ein bekannter Geistlicher, von dem man weiß, daß seine Wirthin seine Tochter ist; die Tochter ist vor Kurzem bereits ebenfalls in ein Gebärhaus gethan worden, und es ist bekannt, daß wo die meisten Geistlichen sind, auch die meisten Findelkinder ausgelegt werden, weshalb auch die Geistlichen die Findelhäuser am meisten in Schutz nehmen. Daß der Verzicht des vormaligen polnischen Generals Komarino das meiste zum Unglück der Piemontesen beitrug, ist bekannt, weniger, daß Chrzanowski sich auch kein Zutrauen zu erwerben mußte.

### Frankreich.

× Paris, 24. Okt. [National-Versammlung. Der Antrag auf Rückberufung der exilirten Fürsten von den Legitimisten verworfen. — Ministerielles. — Aus Rom und Florenz.] Die heutige Kammer Sitzung ist durch ein wahrhaftes Ereigniß bezeichnet worden, durch eine Rede Berryer's, dessen Erscheinung auf der Tribüne zu den großen Seltenheiten gehört. Es handelte sich um die Aufhebung der Gesetze von 1832 und 1848, welche die beiden Zweige der Bourbonns aus Frankreich verbannen; Herr Berryer reklamierte aber mit vieler Fein-

heit die Ehre des Exils für die Prinzen, das ihnen ihren Namen und ihre Würde läßt, und er bat die Versammlung, nicht durch die Zurückführung monarchischer Führer in den Schooß der republikanischen Gesellschaft den Vorwand zu neuen Bürgerkriegen zu geben. Der Redner eiferte gegen den Sfraxismus Creton's, der den Prinzen keinen andern Weg als die Revolution lassen will, um ihren Platz an der Spitze des Landes einzunehmen. — Die Tragweite dieser legitimistischen Rede konnte der Linken nicht entgehen. Pascal Duprat stürzte auf die Tribüne, um zu erklären, daß er anfänglich ebenfalls den Antrag bekämpfen wollte, daß er jedoch Angesichts der Opposition Berryer's für die Annahme stimme, da er um keinen Preis eine Meinung mit Denjenigen haben möchte, welche „vive la République!“ rufen und an die Monarchie denken. Einige bittere Worte Napoleon Bonaparte's konnten an der Sache nichts ändern, und die Versammlung verwarf nach dem Wunsche Berryer's den Antrag auf Rückberufung der Prinzen mit einer Majorität von 484 Stimmen gegen 103. Ein großer Theil des Berges hat mit gegen den Antrag, ein anderer Theil für denselben gestimmt. — Nach Verwerfung dieser Proposition kam die von Napoleon Bonaparte Betreffs der Freilassung der Juni-Insurgenten zur Debatte. Nach einer Rede Lagrange's wurde die Debatte auf morgen vertagt. — Ein anderes wichtiges Faktum ist, daß der Präsident der Republik im heutigen Ministerrath eine große Entrüstung gegen das Schreiben Fallours zu erkennen gegeben hat, worin sich dieser Minister, wie ich Ihnen neulich mittheilte, mit so vieler Entschiedenheit für Montalembert erklärte, und womit er gewissermaßen den Präsidenten provozieren zu wollen schien. Dieser soll nun sogar das Verlangen geäußert haben, auf dieses Schreiben zu antworten; allein das ganze Kabinet vereinigte sich, unter entschiedenem Tadel Fallours, den Präsidenten von seinem Vorhaben zurückzubringen, um die Verwirrung nicht noch zu vergrößern. Außerdem haben mehre Mitglieder der tiers-parti Edilon Barrot in einem Schreiben kund gegeben, ihn über die ultra-katholischen Tendenzen des einen Kabinet-Mitgliedes zu interpellieren, worauf der Minister-Präsident kurzweg geantwortet haben soll, daß er das Schreiben des Herrn Fallour als dessen Demission ansehe. — Dies ist übrigens nicht die einzige Sorge des Ministeriums. Eine heute eingegangene telegraphische Depesche meldete die Freisprechung der am Junikomplotte im Nieder-Rhein-Departement Beteiligten durch die Urtheile in Meh. Ihr Vertheidiger war J. Favre. Diese Nachricht hat nicht geringe Sensation im Ministerium verursacht. — Die Bitten des Generals Nostolan und des diplomatischen Agenten Corcelles, aus Rom zurückberufen zu werden, werden immer dringender, und es scheint gewiß, daß Beide in Kürze zurückkehren werden. General von Hauptpoul wird das Kommando der Armee übernehmen und gleichzeitig einen diplomatischen Charakter erhalten. — Aus Turin wird vom 20. gemeldet, daß der König die durch Rücktritt Pinelli's entstandene Ministerlücke dadurch beseitigt hat, daß er das Portefeuille Pinelli's an den Minister Galvagno und das des Letzteren an den Chevalier Matthieu übergab. Diese Modifikation ist aber im Sinne der Rechten und nicht, wie man es erwartete, im dem Sinne der Linken, und wird nur neue Verwickelungen herbeiführen. — Das oskanische Gouvernement ist nun fest entschlossen, das Parlament in kürzester Frist einzuberufen, und hat die Präfekten bereits mit der Revision der Wahllisten beauftragt. — Die Börse ist wegen der Angelegenheit der ungarischen Flüchtlinge noch immer sehr unruhig.

× Paris, 24. Okt. [Das wirkliche Schreiben des Czaren an den Sultan, in Betreff der polnischen Flüchtlinge.] Vor 14 Tagen etwa brachten die Journale den Text des eigenhändigen Schreibens des Czaren an den Sultan in Betreff der ungarischen Flüchtlinge. (S. Bresl. Ztg. Nr. 241). Dieses Schreiben überraschte durch einen insolenten Lakonismus und man konnte es sich nicht gut erklären, daß ein Souverän an den andern sich eines solchen Stils bedienen sollte. Daß diplomatische Noten herb und drohend abgefaßt werden, das kommt vor; aber wenn die Majestäten es für nothwendig erachten, eigenhändig an einander zu schreiben, hielt man es hier nicht für gut glaublich, daß es in der angelegentlichsten Weise geschehen sein konnte. Diese Vermuthung hat sich auch gerechtfertigt. In Konstantinopel zirkulierten in der diplomatischen Welt Abschriften von dem Schreiben des Czaren an den Sultan; von diesen Kopien ist eine hierher gekommen, und ich theile sie Ihnen mit, unter voller Garantie der Authentizität. Sie werden sehen, daß der Czar durchaus nicht lakonisch und nebenbei eher einschmeichelnd als befehlend gewesen ist. Das Schreiben lautet wörtlich also:

„Sehr erlauchter und sehr mächtiger Beherrscher und Padiſchah der Ottomanen! Ich kenne die Gefühle Ew. Majestät und zweifle nicht an dem Antheil, den Sie nehmen wird an der glücklichen Lösung des erbitterten Krieges, der so lange Ungarn verwüstet hat. Ich beile mich Ihr dieses große Ereigniß mitzutheilen, an wel-

chem meine Armeen so thätigen Antheil genommen haben. Es wird dieses Ereigniß, wie ich hoffe, dazu dienen, eine neue Aera heraufzuführen und dem Unglücke ein Ende zu machen, in welches der revolutionäre Schwindel die moralische und politische Welt fortgerissen hat. Alle diese so grundlos hervorgerufenen anarchischen Konvulsionen haben so viele Zerstörungen angehäuft, so viel Elend und Leiden verursacht, daß die betrogenen Völker sich nunmehr nach der Rückkehr der Ordnung, des Vertrauens und der Sicherheit sehnen.“

„Die magyarische Insurrektion bedrohte nicht nur die Existenz des österreichischen Kaiserstaates, dessen Integrität ein wesentliches Element des politischen Gleichgewichts ausmacht, sondern auch durch die Solidarität, welche sie mit den verschiedenen revolutionären Centren des Kontinents und namentlich mit der polnischen Propaganda verband, griff diese furchtbare Insurrektion die Grundpfeiler der sozialen Ordnung an, und es blieb als letzter Rettungsanker dagegen nur die bewaffnete Macht übrig.“

„Ich konnte alsdann nicht zaubern das Gewicht der disponiblen Kräfte meines Reiches in die Waagschale zu legen.“

„Rußland ist in Ungarn intervenirt kraft desselben konservativen Prinzips, welches die bewaffnete Unterstützung gut geheißen hat, die ich in reinem Pflichtgefühl im vorigen Jahre Ew. Majestät angeboten habe, um deren in den Donaufürstenthümern verkannte Autorität wieder herzustellen, wo eine aufrührerische Partei sich schmeichelte, subversive Pläne zu Gunsten der allgemeinen Auflösung auszuführen, die sich zu jener Epoche in allen Theilen Europa's manifestirte.“

„Die göttliche Vorsehung hat unsere Anstrengungen gesegnet. Jenseits der Donau, wie in den Ebenen der Theiß hat Rußland seine Mission mit Selbstverleugnung erfüllt. Seine Armeen sind in jenen Ländern erschienen, um daselbst den Triumph der guten Ordnung und der Legitimität zu sichern.“

„Ich beauftrage den General, Fürsten v. Radziwill, der die Ehre haben wird, dieses Schreiben Ew. Majestät zu überreichen, Ihr von den Details und vor Allem, was in Ungarn vorgefallen ist, Rechenschaft zu geben. Ich wünsche mir um so mehr Glück zu dem glücklichen Ausgange dieses Krieges, als die Wiederherstellung der Ordnung in Ungarn nothwendiger Weise einen heilsamen Einfluß ausüben wird auf die moralische Pacifikation der ottomanischen Donau-Provinzen, die in der prekären Lage, in der sie sich noch befinden und in Folge der stattgehabten Unruhen noch so viele revolutionäre Keime in sich tragen. Je mehr ich den Ernst dieser Situation erwäge, um so mehr schätze ich die weise, feste und korrekte Haltung der Delegirten der hohen Pforte bei der durch Bem in die Moldau versuchten bewaffneten Invasion, welche den offen zugestandenen Zweck hatte, daselbst einen Aufstand zu erregen.“

„Die Prinzipien, welche diese Allianz zwischen unsern beiden Reichen gutheißen und welche durch die ottomanischen Behörden an der Doau, in ihrer Haltung gegenüber der magyarischen Banden, die sich auf das ottomanische Territorium geworfen haben, so glänzend an den Tag gelegt worden sind, geben mir die innerste Ueberzeugung, daß Ew. Majestät eine Frage, die mir sehr am Herzen liegt, der strengsten Aufmerksamkeit Ihrer Minister anempfehlen werde. Sie betrifft die Schritte, die ich meinem Gesandten bei der hohen Pforte zu thun beauftragte, Betreffs einiger polnischen Flüchtlinge, die, nachdem sie sich des Hochverraths gegen meine Regierung schuldig gemacht, zuletzt einen so strafbaren Antheil an den Ereignissen genommen, die Ungarn verwüstet haben.“

„In dem aufrichtigen Verlangen, daß keine Wolke sich zwischen unsern beiden Reichen erheben möge, lege ich einen ganz besonderen Werth auf die befriedigende Lösung dieser Angelegenheit.“

Jedem ich auf die günstige Aufnahme rechne, die die Vorstellungen des Herrn von Titoff bei der Regierung Ew. Majestät finden werden, bitte ich Dieselbe die Versicherung der Gefühle hoher Achtung und unverleglicher Zuneigung anzunehmen, mit denen ich bin u.

„Warschau, den 26. August 1849.“

### Großbritannien.

London, 22. Oktober. [Besorgnisse.] Der „Globe“ berichtet, nach den neuern Nachrichten aus Petersburg fange man dort an, Besorgnisse zu hegen. Kriegerische Rüstungen waren im Gange und die russische Flotte zu Sebastopol hatte den Befehl erhalten, in 4 Tagen segelfertig zu sein. Viele Dampfschiffe lagen fertig, um Schlepplisten zu thun.

### Spanien.

\* Madrid, 19. Decbr. [Absetzung und Wiedereintritt des Ministeriums Narvaez.] Die Minister hatten gestern mehre Berathungen über das Budget von 1850, und trennten sich alsdann, um sich dem Besuche einer Opernvorstellung auf dem Hoftheater vorzubereiten. Während der stattgehabten Be-

(Fortsetzung in der zweiten Beilage.)





40 Jahren 8, von 40 bis 50 Jahren 8, von 50 bis 60 Jahren 3, von 60 bis 70 Jahren 5, von 70 bis 80 Jahren 3, von 80 bis 90 Jahren 1.

Stromabwärts sind auf der oberen Oder hier angekommen: 25 Schiffe mit Eisen, 23 Schiffe mit Zink, 32 Schiffe mit Steinkohlen, 2 Schiffe mit Gyps, 4 Schiffe mit Weizen, 2 Schiffe mit Rapps, 77 Schiffe mit Brennholz, 2 Schiffe mit Nuzholz, 1 Schiff mit Zinkblech, 1 Schiff mit Kalksteinen, 1 Schiff mit Gerste, 1 Schiff mit Rappkuchen, 1 Schiff mit Mehl, 1 Schiff mit Steinsalz, 1 Schiff mit Brettern, 16 Schiffe mit Ziegeln, 18 Gänge Bauholz und 4 Gänge Eisenbahnschwellen.

§ Breslau, 27. Oktbr. [Adresse an das Ministerium.] Die für heut Abend 6 Uhr nach dem kleinen Saale zum „König von Ungarn“ berufene Versammlung war von etwa 12 Mitgliedern besucht. Gegenstand der Berathung waren zwei Adressen, von denen eine dem Minister-Präsidenten, die andere dem Minister v. Mantuffel am Jahrestage des Eintritts des jetzigen Ministerii überreicht werden soll. Herr v. Quernheim legte zwei Adressentwürfe vor. Eine Kommission von 4 Mitgliedern wurde mit deren Redaktion und weiteren Ausführung betraut. Beide Adressen sollen behufs Sammlung von Unterschriften in den Vereinen hiesiger Stadt wie der Provinz die größtmögliche Verbreitung finden, und dann dem Abgeordneten des Landkreises, Major Wallmouth, zur Uebersendung an die Herren Minister überandt werden. Die oben erwähnte Kommission besteht aus den Herren: Generallieutenant v. Safft, Eisenbahndirektor Lehwald, v. Negelein und Löwi (Vertreter des Landmehrvereins.)

**Theater.**

Das neue Lustspiel von Töpfer, „Rosenmüller und Finke“, das am Freitag zum ersten Mal auf unserer Bühne gegeben wurde, hat zunächst den negativen Vorzug, daß es nicht mit dem Anspruch auf große Bedeutung auftritt. Das Lustspiel provoziert keine Tendenzen, sondern giebt sich als ein harmloses Produkt der guten Laune und Unterhaltung und bringt mit dieser schmucklosen Einfachheit schon ein wohlthuendes Gefühl in dem Zuschauer hervor. Aber auch der positive Werth des Stückes ist nicht gering anzuschlagen, wenn man dasselbe nämlich mit dem Maßstab beurtheilt, mit dem es eben nur gemessen sein will. Das Stück will unterhalten, und es erreicht dieses im vollsten Maße, trotz des eigentlich gehaltlosen Stoffes. Die ungesuchte Intrigue spinnt sich wie ein leichter Faden durch das ganze Stück fort; die Situationen sind gerade nicht spannend, aber durchweg von einer heiteren und munteren Färbung, so daß wir von Anfang bis zu Ende in besserer Laune verbleiben. Höchst geschickt ist die Zeichnung der Charaktere gerathen, deren mannigfache Kontraste den stofflichen Mangel sehr reichlich ersetzen. Leicht hingeworfen, wie diese Zeichnung es ist, enthält sie doch so manches Typische und Deiginnelle, das uns sehr ergötzt hat.

Allerdings kommt es bei solchen Stücken am meisten darauf an, daß die Darstellung, die in leichten Umrissen gegebenen Züge zu einem vollen Bilde gestaltet, und wie freuen uns, sagen zu können, daß die stattgehabte Darstellung auf unserer Bühne diese Anforderung zur besten Zufriedenheit ausgeführt hat.

Herr Kläger (Kaufmann Bloom) war von Schreier bis Sohle das Abbild eines kaufmännischen Geistes, ausgestattet mit allen jenen feinen Schattenzügen, vermöge deren das gestaltende Talent jeder Figur das Gepräge der Wahrheit giebt. Der Gegensatz dieses Charakters, Hauptmann Bloom, wurde durch Herrn Keller sehr wirksam zur Anschauung gebracht. Nicht minder trefflich wurden die Gegensätze der beiden Söhne der Bloome dargestellt. Herr Baumeister, der vollendete Kavalier, in Haltung wie in Sprache; Herr Guinand, der musterhafte hasenfüßige Kaufmann. Eine höchst ergötliche, wenn auch nur episodenhafte Figur, ist der Komptoirist „Habermann“, der mit seinen trocknen Wizen den Prinzipal zur Verzweiflung bringt. Herr Schöbel versteht solche Rollen ganz brav zu spielen.

Von den Frauenfiguren ist das Fräul. v. Kronau, das muntere, lebenslustige Mündel des Kaufmanns Bloom, die bedeutendste, wenn auch nicht bedeutend. Fräulein Heyne spielte sie nicht ohne Humor. Fräulein Schwellle, Madame Stok und Madame Baumeister füllten ihre untergeordneten Partien ebenfalls mit Geschick aus; nicht minder Herr Stok als Großhändler aus der Residenz.

Das Publikum nahm das Stück mit vielem Gefallen sehr freundlich auf und rief die Darsteller mehrere Male hervor. M. K.

\* Schweidnitz, 25. Oktober. [Kammerverhältnisse.] Die Ereignisse des vorigen Jahres sind, wie bereits anderwärts bemerkt worden, nicht ohne Einfluß auf die Kammerverhältnisse der städtischen Kommune gewesen. Wie sich aus dem vor Kurzem im Druck erschienenen Berichte über die hiesige Kammerverwaltung über das Jahr 1848, der in sorgfältiger Ausführung den frühern gebührend

gewürdigten nicht nachsteht, ergibt, so hat sich das Kammervermögen am 2233 Rtl. 5 Sgr. 11 Pf. gemindert. Die wirkliche Einnahme hat sich auf 59,132 Rtl. 13 Sgr. belaufen, die Ausgabe auf 64,697 Rtl. 18 Sgr. 6 Pf.; Vorschüsse waren am Ende des Jahres 1847 vorhanden 632 Rtl. 26 Sgr. 2 Pf., am Ende des Jahres 1848 dagegen 1964 Rtl. 25 Sgr. 9 Pf.; bringt man die am Ende des Monats Dezember vorhandenen mehreren Vorschüsse von 1331 Rtl. 29 Sgr. 7 Pf. von der Ausgabe in Abrechnung, so ergibt sich die oben genannte Summe für die wirkliche Verminderung des Kammervermögens. Die ausgeliehenen Kapitalien der Stadt haben sich zu Ende des Jahres 1847 belaufen auf 11,710 Rtl. 14 Sgr. 10 Pf., zu Ende des Jahres 1848 auf 8705 Rtl. 8 Sgr. 5 Pf.; die Passiva betragen zu Ende des Jahres 1847 2000 Rtl., durch die neu aufgenommene Schuld von 3000 Rtl. wuchsen dieselben auf 5000 Rtl. Der Fond der Dienstablösungssasse betrug zu Ende vor. Jahres 119,159 Rtl. 14 Sgr. 5 Pf., von welcher Summe 109,146 Rtl. 25 Sgr. 4 Pf. durch wirkliche Ablösungen, 10,012 Rtl. 19 Sgr. 1 Pf. durch Ersparnisse erworben waren. Von dem Ablösungsquantum kommen 53,600 Rtl. auf abgelöste Spannienste, 7570 Rtl. 25 Sgr. auf abgelöste Handdienste, 37,077 Rtl. 17 Sgr. 4 Pf. auf abgelöste Landrenten und Markgrößen, 6,666 Rtl. 5 Sgr. 3 Pf. für abgelöste Naturalzinsamtsgefälle, 2232 Rtl. 10 Sgr. 9 Pf. für abgelöste Erbs., Schuler- und Pächterzinsen, Jagdgeld u. s. m. — An beständigen Gefällen kommen zur Einnahme 2804 Rtl. 15 Sgr. 10 Pf., an unbefindlichen 845 Rtl. 2 Sgr. 11 Pf. Die Verwaltung des Steinbruchs zu Ritschenbrunn brachte 265 Rtl. 28 Sgr. 2 Pf., die des Stadttheaters 170 Rtl. 29 Sgr., die des Küchensamts 34 Rtl. 27 Sgr., die des Marstalls 307 Rtl. 29 Sgr. 5 Pf., die des Naturalzinsamts 1505 Rtl. 24 Sgr. 8 Pf., die der Stadtgabe 211 Rtl. 10 Sgr. Ueberschuß; an Pacht- und Administrationsgefällen gingen ein 267 Rtl. 13 Sgr. Die Verwaltung der Stadtziegelei ergab einen Ueberschuß von 2306 Rtl. 12 Sgr., die der Forsten 7846 Rtl. 24 Sgr. 5 Pf.; bei der Bauverwaltung war ein Zuschuß von 12,162 Rtl. 19 Sgr. erforderlich. An Gerichtesfällen wurden eingenommen 2754 Rtl. 15 Sgr. 5 Pf., an Kommunalabgabenbeiträgen, 11,156 Rtl. 21 Sgr. 7 Pf., an Kommunalzuschlagssteuer 4127 Rtl. 8 Sgr. 11 Pf.; das Drittheil des Mehrertrages der Mahl- und Schachtsteuer, das für die Monate April bis Dezember 1848 von dem hiesigen königl. Hauptsteueramt an die Kammerlei gezahlt wurde, belief sich auf 3116 Rtl. 9 Sgr. 5 Pf. Die Reste, die bei den gesammelten Einnahmen am Ende des Jahres 1848 verblieben, beliefen sich auf 3989 Rtl. 19 Sgr. 5 Pf. An Besoldungen, Diäten, Pensionen, Prämien und Neujahrsrestitutionsgeldern wurden verausgabt 11,313 Rtl. 1 Sgr. 5 Pf., an öffentlichen Abgaben und beständigen Gefällen 1352 Rtl. 19 Sgr. 5 Pf., an publiken Stadtkosten und Bedürfnissen für das Rathhaus 3116 Rtl. 6 Sgr. 4 Pf., an Arminat- und Prozeßkosten 1479 Rtl. 3 Sgr. 8 Pf., an Armen- und Wohlthätigkeits-Anstalten 4795 Rtl. 24 Sgr., von denen 4020 Rtl. 26 Sgr. 1 Pf. der Stadt-Armenkasse zuzuführen; für die Verwaltung der Kirchen und Schulen wurde aus der Kammerlei ein Zuschuß von 4107 Rtl. 19 Sgr. 3 Pf. gewährt. Die Ausgaben für die Kirchen erstreckten sich, da das Patronatsrecht von besonderen Korporationen ausgeübt wird, nur auf Offertorien, Firrite Holzgelber und Neujahrsrestitutionsgelder.

\* Riegau, 23. Oktbr. [Am zweiten Tage der fünfzehnten Sitzung der zweiten Schwurgerichtssitzungsperiode] hier selbst treten in der Wanselow'schen Prozeßangelegenheit 16 neue Zeugen auf. Ihre Aufgabe ist, über die in vorigem Herbst zu Löwenberg, Gebhardsdorf, Ullersdorf und Spiller abgehaltenen Volksversammlungen nähere Auskunft zu geben, resp. Zeugnis abzulegen, was der Angeklagte dabei für eine Rolle gespielt habe. Verschiedene Aussagen, welche der zc. Wanselow in der Voruntersuchung gethan und in der gegenwärtigen Sitzung von dem Präsidenten zum Vortrage gebracht werden, erfahren von dem Angeklagten entweder eine Berichtigung oder gänzliche Negierung. Die Aussagen der 16 gegenwärtigen Zeugen sind eben so unklar und unsicher wie diejenigen, welche am Tage zuvor gethan wurden. Viele haben dieses und Jenes sprechen hören, können aber nicht behaupten, ob es aus dem Munde des Angeklagten geflossen, oder der Ausdruck eines Andern gewesen sei. Einige sind sogar weder Augen noch Ohrenzeugen von dem gewesen, was in den bezeichneten Volksversammlungen vorgekommen sein soll. Ihr unsicheres Wissen um die fragliche Angelegenheit basirt sich nur auf Hörensagen und die mitunter gewiß sehr falschen Mittheilungen Anderer. Der eine Zeuge behauptet sogar, daß ihm und Andern in der Voruntersuchung Worte zur schriftlichen Niederlegung in den Mund gegeben worden seien, die er gegenwärtig als ehrlicher Mann durchaus widerrufen müsse. Der Angeklagte habe weder über noch gegen den König gesprochen; es könne daher auch bei ihm von keiner Majestätsbeleidigung die Rede sein. Die Gesammtausagen bilden wiederum einen großen Wirrwarr, ein Durcheinander, was sich sehr schwer ordnen und in ein Verhältniß bringen lassen dürfte, durch dessen Beschauung ein sicheres Urtheil zu fällen wäre. Der Angeklagte, der Gerichtshof, der Staatsanwalt und die Geschworenen haben in dieser öffentlichen Prozeßverhandlung eine fürchterliche Geduldsprobe zu bestehen. Die Zeugenvernehmung erreicht kein Ende. Es werden nach den 16 vernommenen am dritten Tage wiederum 15 neue ins Feuer geführt. Die meisten davon sind Entlastungszeugen und stellen den Angeklagten zum Theil in einem Lichte dar, dessen Schein sehr zu dem Glauben berechtigt, der Angeklagte müsse für nicht schuldig erklärt werden. Die Vertheidigungsrede des Defensors ist sowohl in rhetorischer als jurisdikter Hinsicht ein Meiststück zu nennen. Eine

schneidende Dialektik und scharfe Begründung der entlastenden Fakta ziehen sich gleich einem fesselnden Bande durch dieselbe und geben wiederum der Hoffnung Raum, daß die eben nicht scharf begründete Schuld des Angeklagten fallen und das Verdikt der Geschworenen auf nichtschuldig lauten werde. Dies ist aber nicht der Fall gewesen. Wanselow wurde für „schuldig“ erklärt und von dem Gerichtshof zu einer Gefängnißstrafe von 9 Monaten mit Anrechnung dreier Monate der neunmonatlichen Untersuchungshaft und zu den Prozeßkosten verurtheilt. Der Verurtheilte ließ sofort durch seinen Vertheidiger nach der Publikation des Urtheils dem Gerichtshof die Einlegung der Nichtigkeitsbeschwerde mittheilen und eine 14tägige Freilassung gegen Kaution beantragen. Der Gerichtshof ist auf letzteres eingegangen und Wanselow heute Morgen mit Extrapost nach Löwenberg abgereist.

Oppeln. Im Dienst-Bereich des königl. Appellations-Gerichts zu Ratibor wurden ernannt: der Ober-Gerichts-Affessor Langer, zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Rybnik, und zum Notar im Departement des Appellationsgerichts in Ratibor; der Appellations-Gerichts-Referendarius Arndt, zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Rosenber; der Rechts-Kandidat Wolff, zum Appellations-Gerichts-Auskultor. — Versetzt: der Auskultor Samberger und der Appellations-Gerichts-Referendarius Hirschberg zu Breslau, an das Appellations-Gericht in Ratibor. — Ausgeschieden: der Ober-Gerichts-Affessor Stöckel zu Plesch, wegen seines Uebertretens in den Verwaltungsdienst.

Liegnitz. Die kommissarische Verwaltung des Landrath-Amtes zu Löwenberg ist dem Kammer-Gerichts-Affessor v. Pariere, und die des Landrath-Amtes zu Freistadt dem Regierung-Referendarius Sachse bis auf Weiteres übertragen worden. — Der Hilfslehrer Baumgart zu Michelsdorf, Kreis Landeshut, zum Substituten eum spe succedendi seines Vaters, des Cantors und Schullehrers in Michelsdorf, Kreis Landeshut; und der bisherige fünfte Lehrer an der Stadtschule zu Striegau, Hornig als Lehrer und Cantor an der evangelischen Schule und Kirche zu Liebau befristet.

**Mannigfaltiges.**

(Die Flitterwochen der Lola Montez) und des Herrn Heald haben ein schnelles Ende genommen. Ein Privatschreiben aus Tortosa berichtet, daß es zwischen dem jungen Ehepaare bereits zu Debatten gekommen sei, die mit Thätlichkeiten geendet hätten. Die Gräfin Landsfeld hat ihrem jungen Gemahl einen Dolchstich applicirt! Herr Heald jedoch bezweifelnd, daß dergleichen mit ehelichem Glück vereinbar sei, ist sogleich geflohen, und hat die waffenkundige Donna in einem Gasthose zu Tortosa ohne alle Hülfsmittel gelassen, so daß sie sich an den englischen Konsul hat wenden müssen. Wen geküßt es, der Nächste zu sein? (Konst. Z.)

Kurbessens Verbrauch an Kriegs-Ministern ist massenhaft. Wie wenig aber auch dieser Posten gesucht wird, das zeigt folgende Anekdote: Als vor einiger Zeit Sr. königl. Hoheit auf der Jagd den Oberst-Lieutenant v. Urf darauf anredete, daß er das Kriegs-Ministerium übernehmen möge, soll derselbe geantwortet haben: „Ich? lieber Steine klopfen!“ (Köln. Z.)

C.B. [Zur Geschichte der elektro-magnetischen Telegraphen.] Seitdem die preussische Regierung, als die erste in Deutschland, die Benutzung der elektromagnetischen Telegraphen dem Publikum gestattet hat, sind über diese interessante Einrichtung mehrfache Angaben gemacht worden, die nicht ganz genau waren. Es scheint daher nicht überflüssig, diese durch folgende historische Mittheilung auf den wahren Sachverhalt zurückzuführen. In Preussen beschäftigte sich zuerst Dr. Kramer, Mathematiker und Physiker des Gymnasiums zu Nordhausen, mit der Konstruktion eines elektromagnetischen Telegraphen, und es gelang ihm, 1845 einen solchen auszuführen; derselbe war etwas komplizierter Natur und zugleich mit der Einrichtung versehen, die Depeschen auf einen langen Papierstreifen abzubucken. Dr. Kramer trat seine Erfindung gegen ein mäßiges Honorar an den jetzt verstorbenen Uhrmacher Leonhardt ab, welcher dieselbe bei der Einrichtung des Telegraphen der Thüringer Eisenbahn von Halle bis Eisenach anwandte. Dr. Kramer konstruirte nun nach einem neuen Prinzipie einen anderen elektro-magnetischen Telegraphen, ließ sich denselben patentieren und wandte ihn für die Niederschlesische Märkische, Köln-Mindener und Hamburger Bahn an. Die Konstruktion ist einfach, der Druckapparat, der zudem überflüssig ist, blieb weg. Die dritte Konstruktion ist die des Artillerie-Lieutenants Siemens, welche bei der Linie nach Frankfurt a. M. und der Streitener Bahn in Anwendung gekommen ist. Bei den Staats-Telegraphen ist die letztere Konstruktion beliebt worden. Zugleich hat Lieutenant Siemens mit seiner Konstruktion die Isolierung der Drähte von jedem den galvanischen Strom führenden Einfluß durch einen Ueberzug von Gutta percha vorgeschlagen, wodurch es möglich wurde, die Drähte, anstatt frei über der Erde auf Stangen zu führen, in die Erde zu legen. Eine Beschädigung derselben, die inmitten des Bahndammes

liegen und daher leicht zu treffen sind, wie es kürzlich auf der Linie nach Stettin vorgekommen ist, hat eine langwierige Untersuchung zur Folge...

P. C. [Deutscher Buchhandel.] Das neue Preysgesetz vom 30. Juni macht in seinem § 12 jeden preussischen Sortiments-Buchhändler verantwortlich...

Das das Gesetz die Verantwortlichkeit im eigentlichen Sinne des Wortes nimmt, beweist die Praxis. Noch kürzlich erzählte uns W. in U., daß er in Anklagestand versetzt sei wegen Verkaufs eines Häftes von Mayer's Universum...

Das alte Censurgesetz gab wenigstens die Freiheit, alle in Deutschland erschienenen, nicht speziell verbotenen Schriften ungeteilt zu verkaufen; jetzt muß der Buchhändler die 5000 Werke selbst lesen...

Eine Ueberwachung der schmutzigen Presse erscheint durch die Ereignisse gerechtfertigt, allein im Interesse der Wissenschaft müssen wir darauf antragen, daß die Maßregeln wenigstens der Art sind...

Handelsbericht.

\* Breslau, 27. Oktober. Wenn auch in dieser Woche unser Getreidehandel ziemlich lebhaft gewesen, so war er doch nicht von der Art, als vorige Woche, und selbst seit gestern war das Geschäft so lau...

bezahlt, wozu jedoch ferner angetragen blieb; pro November sind vor einigen Tagen 50 Cimer, à 6 1/2 Rthlr., begeben worden...

Im Zink war der Handel in dieser Woche beträchtlich, in den ersten Tagen wurden mehrere tausend Centner à 4 Rthlr. 5 Sgr. verkauft...

Interate.

Bitte

um milde Beiträge zur Unterstützung der Armen mit Holz für den kommenden Winter.

Im Vertrauen auf die Wohlthätigkeit der hiesigen Einwohner, welche uns zeither in den Stand gesetzt hat, die Armen hiesiger Stadt neben der monatlichen Selbsterfüllung alljährlich noch mit etwas Holz für den Winter zu versorgen...

durch milde Gaben zur Unterstützung der Armen mit Holz im bevorstehenden Winter wohlthuellend und menschenfreundlich beizutragen.

Der evangelische Verein

versammelt sich Dienstag, den 30. Oktober, Abends 7 Uhr im Eilfsabet-Gymnasium. Zur Vorfeier des Reformationsfestes werden Vorträge gehalten:

- 1. Böhrner über die Umstände, durch welche die Reformation angebahnt ist,
2. Weingärtner über die Angelegenheiten, welche die Reformatoren der evangelischen Kirche bei ihrem Entstehen mitgegeben haben und
3. Krause über die Segnungen, welche die Reformation für das Leben der Völker gebracht hat.

Der berühmte europäische Guitarrenspieler Stanislaus Szczepanowski, welcher in England am Hofe der Königin mehrere Concerte gegeben und sich durch seine unvergleichliche Kunstfertigkeit den Namen 'Paganini of the gitarre' erworben hatte...

Der hochlöbliche Magistrat und die hochlöblichen königlichen Behörden hieselbst haben nur das Korn- und Produkten-Geschäft nach niederzuliegenden Proben in dem untern Raume des Börsenhauses den Gesuchstellern provisorisch gestattet.

'nur am Neumarkt ihre Geschäfte nach, wie vor, zu vollziehen.' Hoffentlich wird die eigene Errichtung einer Getreidehalle am Neumarkt, sämmtliche Interessenten aus diesem unglücklichen Streit führen, wozu die königlichen und städtischen Behörden gewiß den größten Schutz gewähren werden.

Das Comité zur Wahrung der Interessen der Hausbesitzer am Neumarkt.

Widerlegung.

Bei der in der gestrigen Zeitung abgegebenen Erklärung mehrerer Getreidehändler und Mäkler, wegen Verlegung des Getreidemarktes ist auch mein Name dabei genannt worden.

den, daß mir von dieser ganzen Angelegenheit nichts bekannt ist, weder von der gestrigen Anzeige noch von irgend einer abzugebenden Erklärung...

Victor Lobethal, Getreide-Mäkler.

Bekanntmachung.

Auf die heutige Erklärung derjenigen Interessenten, die sich bestimmt haben, nur auf dem Neumarkt ihren Produkten-Verkehr zu betreiben, sehen wir uns zu der Erklärung veranlaßt, daß das Interesse der Herren Produzenten, Gewerbetreibenden, Kaufleute und Mäkler nur dadurch gewahrt werden kann...

Breslau, den 27. Oktober 1849.

Das Comité der Korn- und Produkten-Börse.

Diejenigen Kaufleute, Gewerbetreibende und Mäkler, denen eine Verbesserung und Regulierung unsers durch Willkürlichkeiten jeder Art, schwer benachteiligten Produkten-Geschäftes am Herzen liegt, haben sich durch Unterschrift zur Theilnahme an den täglichen Börsen-Versammlungen von 7 bis 10 Uhr Morgens im Börsen-Lokal am Blücherplatz...

- E. L. Loebbecke u. Comp., Guard Neuberger, Ruffer und Comp., Heinrich Friedländer, Eichhorn und Comp., Louis Schäfer, J. Molinari und Söhne, Adolph Sohn, J. A. Frankl, Adolph Hamburger, Friedr. Friedenthal, B. Treuenfels, Beyer und Comp., M. Sachaczewsky, Carl Cretel, R. Triest, B. Simon u. A. Jacoby, Leopold Freund, H. Müller u. Schlarbaum, Herrm. Hornwick, Kanold u. Comp., Franz Jung, Braun u. Comp., August Agath, Moritz Werther u. Sohn, Wilh. Otto, Carl Krull, Gebrüder Lieblich, L. Milch, D. Rosenfeld, N. P. Nathan, Roseler sen., Louis Levy, Roseler jun., B. Wollheim, G. Schindler, E. A. Bedel, Schmutterer, H. Brudl, F. Schindler, Heinr. Frombera, E. Böhm, John und Beier, G. Lumme et, A. Eckersdorff, B. Poppellauer, B. Neumann, S. L. Kabe, C. G. Kopisch, Heinr. Pich, Louis Liebermann, Ludewig, Gebr. Levy u. Comp., G. D. Wiener, S. Alexander, B. Neuständer, Louis Freund, B. Mannheimer, B. Frandl, B. J. Kemp, S. Lion, W. Herg, Am. Bloch, Louis Jaschkowitz, L. Fränkel, Leopold Sachs, H. Schillower, M. Deutsch, Nathan Ring, J. Degler, U. Bial, M. J. Henschel, S. Goldstücker, U. Schneider, W. Schiff, Adolph Reiskner, Louis Frand u. Comp., Louis Lissa, Bernhard Guttmann, Moritz Heymann, Aug. M. Fraustädter, Carl Zabel, Jacob Schneider.

Und Ferner: 51 Unterschriften Derjenigen, die sich bereits früher zur Theilnahme an der Korn- und Produkten-Börse verpflichteten.

Im Verlage von F. Sechtling in Leipzig ist erschienen und vorräthig zu finden bei Graß, Barth u. Comp. in Breslau, Herrenstraße Nr. 20:

Vollständiges Taschen-Fremdwörterbuch zur Erklärung und Rechtschreibung von mehr als 17,000 fremden Wörtern. Ein unentbehrliches Nachschlagewerk für Alt und Jung, von C. F. E. Hoffmann. 8. gehftet. Preis 12 Sgr.

Antiquar Carl W. Böhm, am Neumarkt Nr. 17, offerirt: Einzeln Dietrich Flora universalis, Kupferwerk, Hft 1 bis 33, ganz neu. statt 2 2/3 für 1 Rthl. Mozin dictionn. franc. et allem. 4 vol. 4. 1803. fast neu. statt 2 2/3 für 1 Rthl. Preuss. Gerichtsordng. neueste Aufl. Hftz. noch neu. f. 3 1/2 Rthl. Linné syst. veg. ed. Roem. Schult. 1820. 6 vol. Tomplet. ganz neu. statt 18 1/2 Rthl. f. 3 Rthl. Brandes höh. Geom. in anal. Darst. 2 Bde. 1822. ganz neu. statt 8 Rthl. f. 4 Rthl. Döbels Jäger-Practica, neueste Aufl. 1828. 3 Bde. mit Kupf. ganz neu. statt 10 Rthl. f. 3 3/4 Rthl. Himmels Klavierschule. 2 Bde. Hftz. statt 16 Rthl. f. 5 1/2 Rthl. Brandes Vorles. über d. Naturlehre. 3 Bde. mit 30 Kupf. 1830. g. neu. statt 8 Rthl. f. 2 1/2 Rthl. Gilt Handbuch d. Landbaukunst, von Friederici. 4 Bde. 1818. mit Kupf. statt 18 1/2 noch neu f. 10 Rthl. Biot Lehrbuch d. Experimentalphysik. übers. u. vermehrt von Fechner. 5 Bde. 2te Aufl. 1828. ganz neu. statt 16 1/2 Rthl. f. 5 Rthl. Sommer, das Weltgebäude. mit 12 Kupf. 3te Aufl. 1834. ganz neu noch. f. 1 1/2 Rthl. Kant, Kritik der reinen Vernunft. f. 1 Rthl.

Bücher. L. Barschat, Horwigsche Antiquarbuchhandl., Kupferschmiedestr. 25, Ecke der Stocgasse, verkauft: Dantes Heilquellen. Ep. 13 f. 9 Rthl. Ruffs Chirurgie. 18 Bde. f. 12 Rthl. Canstatts Krankheit d. b. Alters. f. 1 1/2 Rthl. Fuchs Veränderung der Haut. f. 4 Rthl. Naumanns med. Klinik Ep. 40 2/3 f. 12 Rthl. Andral clinique medical. f. 6 Rthl. Meisners Frauenzimmerkrankheit. 4 Bde. Ep. 11 f. 7 Rthl. Olen's Naturgeschichte, mit Abbildungen. Ep. 42 f. 25 Rthl. Codex botanicus Linnæanus ed. Richter. 1840. Ep. 16 f. 7 Rthl. Hesse's Sprachlehre. 3 Bde. Hftz. 1849. f. 4 1/2 Rthl. Campes Werke. 37 Bde. f. 6 1/2 Rthl. Gibbons history of the roman Empire. London in one volumen. 7 Rthl.

Im Ausverkauf

empfehlen unter dem Einkaufspreise: blechene Eierschneidmesser à 6 bis 12 Sgr., eiserne Bügelleisen 7 bis 12 Sgr., gestempelte Ellen, Strohhüllen, Oehrbohrer, Speßbohrer, Krumme Schnittmesser, Schrauben, deutsche und engl. Feilen und Raspeln, Bleistifte, f. Damen-scherren, Winkelzirkel, Maßestäbe, Krauthobel, Stubenhäue und Haushüherschloffer nebst messingnen Beschlägen, Aufschlagbänder, Fensterbeschläge, Schall-n. Schraubstöcke, Brettleisen, Dbr., Fournier-, Schließ- und Schneidzägen, ord. und pol. Glöcken, Harzer Schellen, ord. Schellen, Stockengeläute, — bio. Puzpulver, braune Eisen-Druck-Farben, Hüneraugensalbe: W. Heinrich & Comp. in Breslau, am Ringe Nr. 19, Eingang im Dorotheen-Gäßchen.



Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn.

Dem § 54 des Gesellschafts-Statuts gemäß werden: a) die Baurechnungen nebst Belägen über die Verwendung von 13 1/2 Millionen Thalern Actien-Kapital, b) die Betriebsrechnungen nebst Belägen für die Jahre 1845, 1846 u. 1847 vom 22ten d. M. ab auf 6 Wochen in der Hauptkassa auf dem hiesigen Bahnhofe der Gesellschaft zur Einsicht eines jeden Actionairs derselben ausgelegt sein.

Der Verwaltungsrath

der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn-Gesellschaft.

Für Gartenfreunde.

Die wenige Beachtung, welche zeitlich dem Weinbau hier im Allgemeinen gewidmet wurde, hat meiner besondere Aufmerksamkeit und rege Ausdauer zuzuwenden. Zu diesem Zwecke habe ich aus südblichen Gegenden viele neue vortreffliche Sorten bezogen, dieselben genau beobachtet und die Ueberzeugung gewonnen, daß in unserem nördlichen Deutschland noch so wenig gute Sorten bekannt sind, und so schöne herrliche Tafeltrauben gezogen werden können.

Ausverkauf.

Begen gänzlicher Aufgabe des Geschäfts verkaufe ich meine sämtlichen Vorräthe von Tuch, Boucskin und div. andern Waaren zu den billigsten, aber festen Preisen.

Englische Wasch-Garnituren

in dunkelblauen, grünen, rothen und bunt chinesischen Mustern sind in allergrösster Auswahl vorräthig. Durch directe Verbindung mit engl. Fabriken, welche mir ausschliesslich für ganz Deutschland ihre Niederlagen übertragen haben, ist es mir möglich, diese Waschservise in grösster Form, bestehend aus Wasserkanne, Waschbecken, Nachtgeschirr, Zahnbürstenbehälter und Seifnapf zu den Preisen von 4, 5 und 6 Rthl. complet zu liefern.

Julius Lange,

Markgrafenstrasse Nr. 45, Taubenstrassen-Ecke.

Wirklcher Ausverkauf

von Damen- und Herren-Kleidungsstücken.

am Ringe (Raschmarktseite) Nr. 50, 2 Treppen.

Um mit meinem Bestande von Damen- und Herren-Kleidungsstücken aus meinem vor Kurzem niedergelegten Geschäfte möglichst schnell zu räumen und dadurch die zum Lager dienende Wohnung zu weiterer Vermietung frei zu bekommen, verkaufe ich nachstehende Kleidungsstücke weit unter der Hälfte des Kostenpreises: 1) für Damen: seidene Hüllen für 10 bis 12 Rthl., Ganz-Kamahüllen für 7 bis 8 Rthl., Halb-Kamahüllen für 4 bis 5 Rthl.

Veritable Extrait d'Absinthe,

echt Schweizer Liqueur, bei Magenübeln, Unverdaulichkeiten sehr bewährt, gleichzeitig Präservativmittel gegen Cholera, empfing ich wiederum und empfehle solchen die Originalflasche 1 Rthl.

Aechte importirte Havannah-Cigarren

zum Preise von 25 bis 80 Rthl.,

sowie ein gut assortirtes Lager von

Hamburger und Bremer Cigarren

von 5 bis 20 Rthl. empfiehlt einer gütigen Beachtung:

S. W. Seppelt,

Schweidnitzerstrasse Nr. 4, im grünen Adler.

Die Presshefen-Fabrik des Dominium Giesmannsdorf bei Reisse empfiehlt beim Beginne der Brennperiode den Herren Brennereibesitzern ihre täglich frisch fabricirte triebkräftige Presshefe, und werden Aufträge sowohl direkt als auch von unserer Haupt-Niederlage des Hrn. W. Schiff in Breslau prompt ausgeführt.

Echtes Gallipoli-Baumöl (Lecceröl)

officiren billigt:

Moritz Werther und Sohn, Dhlauerstrasse Nr. 8.

Zu ganz herabgesetzten Preisen

wird auf dem alten ober-schlesischen Kohlenplage wegen baldiger Räumung desselben ein noch bedeutendes Quantum Steinkohlen verkauft.

Einem geehrten Publikum empfehle ich mein neu errichtetes Spezerei-Waaren, Cigarren- u. Tabak-Geschäft

Dhlauerstrasse Nr. 65.

Robert Raymond.

Aechte Apollo-Kerzen, à 11 Sg.,

4, 5, 6 u. 8 Kerzen pro Packet, bei Abnahme von 10 Packeten à 10 1/2 Sgr., bei größeren Partien noch billiger empfiehlt:

Eduard Nickel, Abrechtsstrasse Nr. 7,

im Segen Jakobs, im 2. Viertel vom Ringe, das 2e Haus v. d. Ecke der Schuhbrücke.

Unser eifriges Bestreben, unsere werthen Kunden stets gut zu bedienen, hat uns veranlaßt, bei dem jetzt so starken Begehr nach

Mänteln, Mantelets und Mantillen

in unserem Geschäftlokale eine solche Einrichtung zu treffen, daß jede der geehrten Käuferinnen bei noch so großem Andrang mit der größten Bequemlichkeit bedient werden kann. Wir machen ein sehr geehrtes Publikum mit dem ergebenen Bemerken darauf aufmerksam, daß wir jetzt im Besitz aller unserer aus Paris gesandten Modelle sind, und solche unter persönlich geleiteter Aufsicht in unserm Atelier so täuschend kopiren lassen, daß es schwer fallen dürfte, Original von Kopie zu unterscheiden.

Gleichzeitig erlauben wir uns, außer unserem großen Lager von Seiden- und Wollentoffen, sowohl in glatt, karriert und gestreift, auch auf acht französische Thibets in allen Couleuren, von welchen wir das so beliebte Isly besonders erwähnen, aufmerksam zu machen. Napolitains in reiner Wolle und in den neuesten Dessins sind ebenfalls in sehr reicher Auswahl vorräthig.

Gebrüder Littauer,

Ring Nr. 42, erste Etage.

Unter Lager eleganter fertiger Damen-Mäntel, Burnusse und Visites ist durch neue Sendungen auf das Vollständigste assortirt, so daß wir neue und geschmackvolle Dessins zu dem Preise von 6 Rthl. an liefern, auch empfehlen wir unser stets assortirtes Lager französischer und sächsischer Stickereien, Gardinen- und Negligezeuge, wie auch eine große Auswahl Steppdecken zu den billigsten Preisen.

Jungmann Gebrüder,

Raschmarkt Nr. 52, Stockgassen-Ecke

Preussische

National-Cigarren

100 Stück 1 Rthl. 15 Sgr.,

25 Stück in eleganten Cartons 12 Sgr.,

empfiehlt: S. W. Seppelt,

Schweidnitzerstr. Nr. 4, im grünen Adler.



Damen-Mäntel, Burnusse und Mantelets,

nach den neuesten Pariser und Wiener Modells treu kopirt, von den diesjährigen beliebtesten Stoffen in Seide und Wolle sauber gearbeitet, sind in großer Auswahl und billigst vorräthig bei

Joseph Prager,

S. Dhlauerstrasse 8.

NB. Auch werden Bestellungen hierauf in kürzester Zeit pünktlich besorgt.

Ein Landgut

in einer sehr freundlichen Gegend dieser Provinz, nicht fern vom Riesengebirge gelegen, wird zum Kauf angeboten. Das Gut enthält ein Areal von circa 150 Magdb. Morgen des fruchtbarsten Bodens an sorglich bestelltem Ackerland, ergiebigen Wiesen, Obstgärten und gut bestandenem Eichen- und Birkenholz, nebst einem Inventar von 15 jungen Kühen, 4 tüchtigen Ackerpferden und vollständigem Wirtschafts-Geräth.

Durch Familien-Verhältnisse zu einer Veränderung des Wohnorts veranlaßt, wird eine baldige Realisirung des beabsichtigten Verkaufs gewünscht. Anmeldungen werden unter der Adresse A. Z., poste restante Glogau, portofrei erbeten, wonach spezielle Auskunft über die Verhältnisse dieses Gutes und erforderlichen Falls eine Situations-Zeichnung der ganz geschlossenen Grundfläche, so wie eine bildliche Darstellung der Lage des Wohnhauses mit den Hofgebäuden eingesendet werden wird.

Stablissemments-Anzeige.

Hiermit erlaube ich mir die ergebenste Anzeige zu machen, daß ich Nikolai-Strasse Nr. 17 ein Friseur-Geschäft eröffnet habe, und empfehle meinen aufs Beste eingerichteten Salon zum Haarschneiden und Frisiren, so wie alle Arten feiner Haararbeiten, als: Perücken, Scheitel, Locken, Flechten etc., und empfehle besonders eine ganz neue Art Perücken ohne Federn, welche an Natürlichkeit und Leichtigkeit alles Frühere übertreffen. Ich werde stets bemüht sein, durch prompteste Arbeit und billigste Preise das in mich gesetzte Vertrauen im hohen Grade zu rechtfertigen.

Michaelis, Friseur,

Nikolai-Strasse Nr. 17, im Eckladen.

Zwei junge Mädchen.

Zwei Mädchen, gebildet und solide erzogen, im Sticken und Weisnähen und andern Handarbeiten sehr geübt, wünschen in irgend einem Ladengeschäft unter annehmbaren Bedingungen engagirt zu werden.

Nähere Mittheilungen werden Nikolaistraße Nr. 15, im Laden ertheilt.

!! E. Bruck, Schneidermeister !! Karlsstraße Nr. 27, in der Fechtshule, oder auch Karlsstraße Nr. 21, im Hausladen, empfiehlt sich als Tuchstopfer und reinigt zugleich alle möglichen Flecken in Tuch, Wolle, Seidenzeug und Wäsche sauber, und giebt ihnen dauerhaften Glanz wieder, Alles zum billigsten Preise.

Conditorei.

Wir erlauben uns ganz ergebenst, ein geehrtes Publikum zu benachrichtigen, daß von heute ab auch bei uns die Einrichtung getroffen worden ist, den Herren Gästen in unserem Lokale das Rauchen gewähren zu können und empfehlen wir unser Stablissemment unter Versicherung guter Bedienung, nebst zeitgemäßen Preisen einer gütigen Beachtung und bitten um zahlreichem Besuch.

J. Wazau u. C. Watzke,

Schweidnitzer Straße 52.

Pfälzer Tabak,

feinstes Deckblatt, ist wiederum vorräthig bei Karl Friedländer, Ring Nr. 16, Becher-Seite.

Wollene

Gesundheits-Sacken,

elastische Leib-Binden, Unter-Weinkleider, Strümpfe und Socken empfiehlt in größter Auswahl:

Herrmann Littauer,

Nikolaistr. Nr. 15, dicht an den 3 Königen.

Eine bequem eingerichtete freundliche Wohnung nebst nöthigem Zubehör ist sofort oder Termin Weihnachten zu beziehen und das Nähere hierüber Nikolaistraße Nr. 7 im Tabakladen zu erfragen.

